



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 12
4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein,
Berlin SW. 11, Kälgräber Straße 94, Fernsprech-Anschluss: Amt Lühw 3249. — Bezugspreis monatlich
Mk. 150.—, Preis der Einzelnummer Mk. 100.—. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 64536 erbeten.

Berlin
15. Juni 1925

Abstimmung im Saargebiet.

Nach Art. 49 Abs. 2 des Friedensdiktats von Versailles soll nach Ablauf einer Frist von fünfzehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Friedens die Bevölkerung des Saargebietes zu einer Äußerung darüber berufen werden, unter welche Souveränität sie zu treten wünscht. Weitere Bestimmungen enthält Kapitel III der Anlage zu dem Abschnitt des Friedensdiktates über das Saarbecken. Danach soll die Bevölkerung des Saar-Beckengebietes berufen werden, ihren Willen durch eine Abstimmung zu äußern, die gemeindeweise oder bezirksweise über folgende drei Fragen stattfindet:

- a) Beibehaltung der durch den Friedensvertrag geschaffenen Rechtsordnung;
- b) Vereinigung mit Frankreich;
- c) Vereinigung mit Deutschland.

Stimmberechtigt soll sein ohne Unterschied des Geschlechts jede zur Zeit der Abstimmung über 20 Jahre alte Person, die bei der Unterzeichnung des Friedens (also am 28. 6. 19) in dem Gebiet gewohnt hat.

Die übrigen Vorschriften, die näheren Einzelheiten und der Zeitpunkt der Abstimmung sollen von dem Rat des Völkerbundes so festgesetzt werden, daß eine freie, geheime und unbeeinflusste Stimmenabgabe gesichert ist.

Verschiedene Gemeinden des Saargebietes versuchten alsbald nach dem Inkrafttreten des Friedens Listen der Abstimmungsberechtigten aufzustellen, um die dereinstige Erfassung aller Abstimmungsberechtigten sicherzustellen: die Regierung des Saargebietes verbot Vorkehrungen nach dieser Richtung und untersagte die Weiterführung der Listen.

Der Rat des Völkerbundes entschied sich am 31. 8. 22 dahin, die Aufstellung der Listen solle noch nicht endgültig vorgenommen werden: nur solche Maßnahmen sollten vorbereitet werden, die die Aufbewahrung der erforderlichen urkundlichen Unterlagen für die später aufzustellenden Abstimmungslisten in Archiven ermöglichen. Zum Kommissar für die Aufstellung des Archives für die Volksabstimmung ernannte der Rat des Völkerbundes am 28. 9. 22 den Schweizer Alfred Bonzon. Sein Bericht führte dazu, daß die Regierung des Saargebietes in Ausführung dieses Beschlusses des Völkerbundesrates vom 28. 4. 23 eine „Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Volksabstimmung“ erließ, durch die eine Reihe von Urkunden (steuerliche Unterlagen, Melderegister, standesamtliche Urkunden, Wahlunterlagen, Volkszählungsmaterial, Unterlagen der Lebensmittelversorgung, Rekrutierungsstammlisten) unter den besonderen Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Diese Urkunden dürfen, so wird bestimmt, weder vernichtet noch verändert werden. Sie verbleiben, soweit sie zum amtlichen Gebrauch noch nötig sind, im amtlichen Gebrauch: auch hier aber nur solche Veränderungen erlaubt, die sich im ordnungsmäßigen Geschäftsgang bei der Weiterführung der Urkunden bestimmungsgemäß ergeben. Bei der Benutzung, Verwahrung und Sicherung ist die größte Sorgfalt zu beobachten.

Die Urkunden, die nicht mehr zum amtlichen Gebrauch nötig sind, sind ins örtliche Archiv zu nehmen und so gut als möglich gegen Diebstahl, Feuer, Feuchtigkeit und andere schädigende Einflüsse zu sichern.

Ueber die vorhandenen Urkunden ist ein Befundbericht dem Kommissar des Völkerbundesrates einzureichen: jede Veränderung des im Befundbericht niedergelegten Tatbestandes ist der Regierung und dem Generalsekretär des Völkerbundes zu melden.

Auszüge und beglaubigte Abschriften aus den Urkunden können jedem Interessenten gemäß den diesbezüglichen Vorschriften und gemäß dem Landesbrauche erteilt werden: Bescheinigungen des Inhalts aber, daß jemand zur Teilnahme an der Volksabstimmung im Jahre 1935 berechtigt sei, sollen nicht erteilt werden.

Verantwortlich für die Durchführung der Verordnung sind die Amtsvorstände der Landesbehörden, der Gemeinden und Gemeindeverbände und die von ihnen beauftragten Beamten und Angestellten.

Jede dienstliche Pflichtverletzung und jedes Vernichten, Beiseiteschaffen, Verändern und Beschädigen der geschützten Urkunden ist unter besondere Strafen gestellt.

Die Verordnung bedeutet einen bescheidenen Anfang für die dem Rat des Völkerbundes obliegende Festlegung der näheren Einzelheiten für die Abstimmung: hoffentlich wird der Rat des Völkerbundes, nachdem nunmehr die Unterlagen für die Abstimmungslisten gesichert sind, dem ersten Schritt bald den zweiten folgen lassen und die Aufstellung der Listen selbst in Angriff nehmen, die sich ja nach den Bestimmungen des Friedensdiktates über die Abstimmungsberechtigung leicht schon heute aufstellen lassen; jeder Tag des Aufschiebens macht die Arbeit nicht leichter, sondern schwerer.

Es soll aber nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, zu kritisieren, sondern nur zu berichten und hinzuweisen auf die Pflichten, die sich für jeden Stimmberechtigten aus der erlassenen Verordnung ergeben. Da ist von besonderer Bedeutung die schon angeführte Bestimmung des § 9 der Verordnung, wonach jedem Interessenten Auszüge und beglaubigte Abschriften erteilt werden können. Interessent ist jeder, der am 28. 6. 19 im Saargebiet gewohnt hat: denn er ist abstimmungsberechtigt. Es ist außerordentlich wichtig, daß jeder Abstimmungsberechtigte, der seit dem 28. 6. 19 das Saargebiet verlassen hat, sich einen urkundlichen Nachweis darüber verschafft, daß er am 28. 6. 19 im Saargebiet gewohnt hat und daß er diesen Nachweis gut aufhebt: er braucht nur den Antrag an die Landesbehörde oder Gemeindebehörde des Saargebietes zu richten, ihm eine beglaubigte auszugsweise Abschrift der unter den Schutz des Völkerbundes gestellten Urkunden zu erteilen, aus der erhellt, daß er am 28. 6. 19 im Saargebiet gewohnt hat.

Der Saarstandal.

Von Richard Posselt.

Seit Jahr und Tag sind geküßte französische Journalisten an der Arbeit, dem französischen Volk klar zu machen, daß Frankreich ein wohlbegründetes Recht auf das Saargebiet habe. Je nach der Einstellung der einzelnen Persönlichkeiten ist dieser Anspruch in erster Linie wirtschaftlicher oder politischer, bevölkerungsmäßiger oder kultureller Art. Es ist leider traurige Tatsache, daß sich heute noch in Frankreich „Gelehrte“ finden, die mit größter Seelenruhe — sprich Unversorgenheit — den „wissenschaftlichen Nachweis“ erbringen, daß das Saargebiet urfranzösisches Gebiet ist, das die „raublustigen Preußen“ dem „friedfertigen Frankreich“ im Jahre 1815 raubten. Wie gesagt, auf solche Unversorgenheit stößt man in Frankreich nicht einmal und Herr Clemenceau hat diese auf der Friedenskonferenz auf die Spitze getrieben, in dem er mit dem ehrlichsten Gesicht von der Welt seinen Entente-freunden erklärte, im Saargebiet wohnen 150 000 Saarfranzosen, die ihre Rückkehr nach Frankreich wünschten.

Wilson und Lloyd George haben diese Lügen ohne Protest hingenommen, sich aber doch nicht entschließen können, den französischen Absichten auf das Saargebiet in dem gewünschten Umfange entgegen zu kommen. Man begnügte sich mit einer Regelung, die in dem Saarstatut des Versailler Diktats ihren Niederschlag findet und

a) die Uebertragung der Saargruben an Frankreich „als sichtbares und klares Symbol der Deutschland aufzuerlegenden Reparationen“;

b) die Verwaltung des Saarbedengebiets durch den Völkerbund, „um die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung sicherzustellen“.

Vorsteht. Ueber diese Art der Verwaltung heißt es in einer von Clemenceau unterschriebenen Mantelnote der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den „Friedens“-Bedingungen vom 16. Juni 1919:

„Das Gebiet wird nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Regelung hat den Vorteil, daß hierdurch keine Annexion vollzogen wird. Die Bevölkerung wird in der Zwischenzeit (bis zur Abstimmung nach 15 Jahren, d. Schriftl.) die Kontrolle über ihre eigenen örtlichen Angelegenheiten unter der regierenden Aufsicht des Völkerbundes besitzen.“

Und an einer anderen Stelle wird von den alliierten und assoziierten Regierungen ausdrücklich erklärt:

„Diese Kommission (Regierungskommission des Saargebiets, d. Sch.) ist nicht der französischen Regierung, sondern dem Völkerbunde verantwortlich, was genügend Bürgschaften gegen jeden Mißbrauch der ihr anvertrauten Macht bietet; außerdem wird die Kommission gehalten sein, die Ansicht der gewählten Vertreter des Gebiets zu hören, bevor sie zu irgendeiner Gesetzesänderung oder zur Erhebung einer neuen Steuer schreitet. . . Die alliierten und assoziierten Regierungen haben volles Vertrauen, daß die Einwohner des Gebietes keinen Grund haben werden, die neue Verwaltung als eine ihnen fernstehende zu betrachten als es die von Berlin und München war.“

Alle diese Ausführungen muß man sich von Zeit zu Zeit vergegenwärtigen, wenn man die Entwicklung der Dinge an der Saar ganz begreifen will, man muß sie sich vergegenwärtigen, wenn man verstehen will, was der kürzlich aufgekommene Zwiespalt der Meinungen zwischen der französischen und englischen Regierung über die Saarfrage zu bedeuten hat. Er tat sich aller Welt kund durch die mehrfach erwähnte Unterhausdebatte über die Verwaltung des Saargebiets durch die Völkerbundskommission. Die geradezu ungeheuerliche „Notverordnung“ des Herrn Rault fand dort eine Kritik, wie man sie schärfer nicht üben konnte. Das englische Unterhaus ging aber weiter und forderte von der englischen Regierung, sich ihrer Pflicht als verantwortliches Mitglied des Völkerbundes bewußt zu sein und für Abhilfe zu sorgen.

Diesem Auftrage entsprechend beschloß die britische Regierung,

in der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates am 24. Juni durch ihren Vertreter den Antrag auf Errichtung eines Untersuchungs-Ausschusses einzubringen, der gewisse Vorgänge bei der Saargebiets-Regierung zu prüfen hat. Das englische Auswärtige Amt hat hier von alle im Völkerbundsrat vertretenen Mächte durch eine Note benachrichtigt.

Am 31. Mai wurde am Quai d'Orsay bestätigt, daß eine solche Note eingetroffen ist, desgleichen teilte der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, dem französischen Außenministerium mit, daß der englische Vorschlag, eine Enquete-Kommission einzusetzen, die die Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet prüfe, bereits auf die Tagesordnung

der am 25. Juni zusammenzutretenden Tagung des Völkerbundesrates gesetzt wurde.

Und nun geschah etwas, was gewisse Idealisten, „Bazisisten“ und Franzosen-schwärmer aus allen Himmeln rief: In Paris erhob sich ein Aufschrei, das deutlich erkennen ließ, was es mit dem fernzeitigen Schreiben der alliierten und assoziierten Regierungen auf sich hat: Diese Kommission ist nicht der französischen Regierung unterstellt! Was man im Saargebiet seit langem weiß, was wir so und so oft auf das einwandfreieste bewiesen haben, jetzt wurde es aller Welt klar: Die vom Völkerbunde eingesetzte Regierungskommission ist ein der französischen Regierung völlig untergebenes Organ.

Es war außerordentlich lehrreich, zur Zeit der ersten Aufregung in Paris über den englischen Antrag die französische Presse zu verfolgen; man konnte aus ihren Äußerungen so manches unheimliche Geständnis vernehmen, das man für die Zukunft gut festhalten muß. Auch die Haltung der französischen Regierung ist außerordentlich vieldeutig. Am Quai d'Orsay wurde Pressevertretern erklärt, daß die französische Regierung die englische Forderung glatt abweisen werde. Der Versailler Vertrag besage nirgends, daß der Völkerbund eine Untersuchungskommission über die Verwaltung des Saargebiets einsetzen könne, d. h. eine Kommission zur Untersuchung von Maßnahmen der Regierungskommission, die den Völkerbund in Saarbrücken vertritt. In gewissen politischen Kreisen wurde auch die Ansicht vertreten, daß Frankreich nötigenfalls damit drohen werde, seine Vertreter aus dem Völkerbund zurückzuziehen, falls England auf seiner Forderung bestehen bleiben sollte.

Am 2. Juni wurde der französische Botschafter in London von dem britischen Außenminister Lord Curzon empfangen, dem er die Antwort der französischen Regierung in bezug auf die Saarfrage mündlich vortrug. Der französische Botschafter machte — so meldete wenigstens der „Temps“ — im besonderen geltend, daß die Entsendung einer Untersuchungskommission durch den Völkerbund in das Saargebiet, wie sie die englische Regierung vorschlägt, in Widerspruch mit den Rechten stünde, die Frankreich durch den Versailler Vertrag erhielt.

Der „Temps“ hat allerdings keine Erklärung darüber gegeben, worin der Widerspruch liegen solle, da die Verwaltung des Saargebiets durch den Völkerbund mit der Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich nicht das mindeste zu tun hat. Oder sollte der „Temps“ Sorgen darüber haben, eine wirklich neutrale Untersuchungskommission könnte auch die Zusammenhänge feststellen, die zwischen Saarregierung (Wider, Kollin u. Co.), französischer Propagandastelle im Saargebiet (Richter u. Gen.) und französischer Grubenverwaltung in Saarbrücken (Zimmer 17 und 18 der Bergwerksdirektion, Monsieur Kößlin usw.) bestehen?

Uebrigens verdienen einige Ausführungen des „Temps“ anlässlich der jüngsten französischen Bluttaten im Ruhrgebiet und der ungezählten französisch-polnischen Morde seinerzeit in Oberschlesien besondere Beachtung. Das französische Chauvinistenblatt schrieb u. a.:

„Dant dem so geschaffenen Regime sei man bis jetzt dazu gekommen, das Wohlleben und die Rechte der Bevölkerung ohne Rücksicht zu nehmen, das unglücklicherweise in Oberschlesien und anderwärts erfolgte, zu sichern. (!!) Die Saarländer hätten viel ruhiger gelebt als beispielsweise die Irländer. Es sei klar, daß eine internationale Enquete in Verfolg einer anti-französischen Kampagne nur alle Feinde Frankreichs ermutigen und zu gleicher Zeit die Autorität der Regierungskommission untergraben werde. Im Interesse des Völkerbundes und im allgemeinen Interesse sei es also klug, keine Enquete im Saargebiet zu verlangen.“

Der „Temps“ ist also anscheinend etwas darüber enttäuscht, daß durch die französische Soldateska im Saargebiet nicht mehr Bluttaten verübt wurden, wie das sonst üblich ist. Und die untergraben Autorität der Saarregierungskommission? Sie kann nicht mehr untergraben werden, als es durch Frankreich und durch das Verhalten eben dieser Regierungskommission geschehen ist. Wo so augenfällig und handgreiflich die vollkommene Abhängigkeit der Regierungskommission von Paris nachzuweisen ist, da kann kein Vertrauen herrschen, daß diese Regierungskommission loyal und unparteiisch ihre Aufgaben erfüllt, da kann keine Achtung vor einer Regierungsautorität bestehen. Die Saarregierungs-kommission hat durch ihre Handlungen sich selbst jede Autorität verschert. Das bewiesen ihnen an Hand einwandfreier Feststellungen die politischen Parteien und Landratsfraktionen in einer Denkschrift, die sie soeben dem Völkerbund überreicht haben und in dem sie rückhaltlos erklären:

„Durch Engherzigkeit und Mißachtung ver-
brieftester Rechte, durch Verstandlosigkeit
für die Bedürfnisse der Bevölkerung und durch
Mißbrauch der ihr anvertrauten Gewalt hat
die Regierungskommission es in kurzer Zeit
erreichen können, daß sie alles und jedes Ver-
trauen in der gesamten Bevölkerung verloren
hat.“

Der englisch-französische Meinungsstreit über die Saargebiets-
verwaltung hat aber noch weitere interessante Einzelheiten offen-
bart. So erklärte die französische Presse am 1. Juni u. a.: Frank-
reich werde geltend machen, daß nach den Versailler Bestimmungen
das Völkerbundsregime im Saargebiet nur Geltung haben soll,
falls nicht eine anderweitige Regelung zwischen Frankreich und
Deutschland vereinbart wird. Am Quai d'Orsay wurde hierzu
bemerkt, die Möglichkeit einer Heranziehung dieser Versailler Be-
stimmungen erscheine nicht ausgeschlossen.

Welche „anderweitige Regelung“ man hierbei in Paris im
Auge hat, geht aus der Meldung nicht hervor. Sollte Frankreich
etwa beabsichtigen, in Verbindung mit dem Ruhrstreik auf
Deutschland einen Druck auszuüben, damit es hin-
sichtlich der Regelung der Saarfrage zu Kon-
zessionen bereit ist? Frankreich wird sich irren, wenn es
glaubt, mit einem solchen Druck Deutschland hinsichtlich des Saar-
gebiets zu einem Abhandel veranlassen zu können. Für
Deutschland gibt es in der Saarfrage kein Ver-
handeln, es steht auf dem Boden der Versailler
Bestimmungen, die leider von Frankreich und
der Völkerbundskommission für das Saargebiet
bisher mit Füßen getreten wurden. Deutschland
verlangt die gewissenhafte Erfüllung dieser
Bestimmungen durch den Völkerbund und vor
allem auch durch Frankreich.

Weiter ist eine andere französische Meldung von Interesse,
wonach bei der Besprechung zwischen dem französischen Botschafter
in London und Lord Curzon eine Einigung erzielt worden sei.
Die französische Regierung (11) habe sich bereit
erklärt, die Verordnung der Regierungskom-
mission vom 7. März, die bekanntlich den Anlaß zu der
englischen Unterhausdebatte und zu dem Antrag auf Entsendung
einer Untersuchungskommission gab, in dem Sinne abzu-
ändern, wie es im englischen Parlament ge-
wünscht wurde. Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf.
Hier wird in voller Offenheit ausgesprochen, daß nicht der Völk-
erbund, sondern Frankreich im Saargebiet regiert, es wird bestätigt,
was Eingeweihte längst wußten, daß der Präsident der Saar-
regierungs-kommission für das Saargebiet, Herr Kault, seine Direk-
tiven und Ordres lediglich aus Paris bezog. Nach den Versailler
Bestimmungen hat die französische Regierung im Saargebiet über-
haupt keine Verordnungen zu erlassen. Frankreich darf im Saar-
gebiet keinerlei Maßnahmen ergreifen, soweit sie sich nicht ledig-
lich auf die Grubenverwaltung beziehen — und heute erfährt man,
daß die französische Regierung die fragliche Kaultverordnung
erlassen hat, daß sie sich bereit erklärt hat, eine Änderung vor-
zunehmen.

Dieses offene Geständnis in der französischen Presse wird man
sich merken müssen. Eine Zusage in dem obigen Sinne ist unwider-
sprochen in London gemacht worden, wenn sich Lord Curzon auch
anscheinend nicht darauf eingelassen hat; denn es heißt, England
wolle seinen Antrag auf Entsendung einer Untersuchungskom-
mission ins Saargebiet aufrecht erhalten. England werde
seinem Vertreter im Völkerbunde den binden-
den Auftrag geben, vom Völkerbundsrat feststel-
len zu lassen, ob er befragt und gewillt sei, Be-
schwerden über die Saarverwaltung zu unter-
suchen oder von neutraler Seite untersuchen zu
lassen. Poincarés Behauptung, der Völkerbund sei nicht be-
fugt, eine Untersuchung anzuordnen, stelle nach Entscheidungen
englischer Juristen einen Versuch dar, die Souveränität des Völk-
erbundes beiseite zu schieben, um das Saargebiet als ein fran-
zösisches Mandat zu behandeln. Poincarés weitere Er-
klärung, wonach überhaupt keine Mißstände in der Saarverwal-
tung vorhanden seien, sondern die Beschwerden der Saarbevölke-
rung sich eigentlich nur gegen die Ausnahmeordnung wegen des
Streiks richten, wird als Brüstlerung des eng-
lischen Parlaments und der öffentlichen Meinung
empfunden. Anlässlich der Saardebatte im Unterhaus ist ganz
deutlich zum Ausdruck gekommen, daß jeder sich in England da-
rüber einig war, daß die beanstandete Ordonnanz nur
ein besonders bemerkenswerter Beweis für die
franzosenfreundliche und die deutschfeindliche
Verwaltung des Saargebietes sei.

Nach einer Havas-Veröffentlichung bestreitet Poincaré in
einer Antwortnote an England den rechtmäßigen Charakter des
in London geforderten Verfahrens, da dieses nach ihrer Ansicht
gegen den Artikel 46 des Versailler Vertrages verstoße, der Frank-
reich „volle Freiheit der Ausübung des Betriebes der Berg-

werke“ garantiere. Poincaré fällt mit Absicht diese Bestimmun-
gen, die wörtlich lauten:

„Zur Sicherstellung des Rechts und der Wohlfahrt der Be-
völkerung und um Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung
der Gruben zu verbürgen, nimmt Deutschland die Bestimmungen
der Kapitel I und II der Anlagen an.“

Die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung stehen also an
der Spitze dieser Bestimmungen, sie sind der Ausbeutung der
Saargruben durch Frankreich übergeordnet. Das verschweigt
Poincaré und die gesamte französische Presse. Der Bevölkerung
sind in dem Kapitel II der Anlage nochmals ausdrücklich ihre
Rechte und Wohlfahrt gesichert durch den Hinweis darauf, daß
„die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbeden am 11. No-
vember 1918 in Kraft waren, mit Ausnahme der mit Rücksicht auf
den Kriegszustand getroffenen Bestimmungen, in Kraft bleiben“.
Änderungen dürfen nur in besonderen Fällen und zwar nach
Anhörung der gewählten Vertreter durch den Regie-
rungsausschuß (nicht durch Frankreich!) beschlossen und ein-
geführt werden. (§ 23.)

Nach diesen in Kraft gebliebenen Gesetzen dürfte weder durch
die Saarregierungs-kommission, noch weniger natürlich durch
Frankreich, die Pressefreiheit, die Versammlungs-, Rede- und
Koalitionsfreiheit, die Freizügigkeit der Bewohner irgendwie an-
getastet werden, wie es durch die fragliche Verordnung geschieht.
Niemand in oder außerhalb des Saargebiets hat je daran gedacht,
Frankreich an der Ausbeutung der Saargruben zu hindern. Bei
dem Streik der Saarbergleute handelte es sich lediglich um einen
Wirtschaftskampf, der zwischen Grubenverwaltung und Berg-
arbeiterkassette ausgefochten wurde. Und zwar ist der Streik ver-
anlaßt worden durch die französische Grubenverwaltung, die ihren
Verpflichtungen entsprechend § 12 des Kapitels I der Anlage, die
Rechte der Arbeiter unter Vorbehalt der Bestimmungen des § 23
weiter bestehen zu lassen, nicht nachkam.

Diese Punkte hat Poincaré in seiner Note an
England nicht erwähnt. Es ist eine völlige Ver-
schöbung und Mißachtung der Vertragsbe-
stimmungen, wenn Poincaré behauptet, „für die französische
Regierung könne die Regierungskommission im Saargebiet nicht
der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden, und die Not-
verordnung vom 7. März sei vollkommen rechtmäßig.“

§ 18 des Kapitels II der Anlage besagt wörtlich:

„Die Regierung des Saarbedens wird einem den Völ-
kerbund vertretenen Ausschuß übertragen. Dieser
Ausschuß hat seinen Sitz in Saarbrücken.“

Es heißt die französische Unverschämtheit auf die Spitze
treiben, wenn Poincaré England und dem Völkerbund zu er-
klären wagt, der Völkerbund habe kein Recht, die von ihm (dem
Völkerbund) eingesetzte Kommission zu kontrollieren.
Auch der § 19 des gleichen Kapitels widerlegt die französische
Anmaßung, sich in die Verwaltungsgeschäfte der Saarregierungs-
kommission einzumischen, indem er ausführt:

„Der Regierungsausschuß besitzt im Saarbeden alle Regie-
rungsbesugnisse, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und
Bavern zustanden.“ Mit dieser Bestimmung wird gesagt,
daß es vollkommen ausgeschlossen sein muß, daß sich irgendeine
andere Regierung in die Saargebietsverwaltung einmischen
darf. Es wäre direkter Widerspruch, wenn Frank-
reich, das keinerlei Ansprüche auf das Saar-
gebiet zu erheben hat, ein Recht zustünde, auf
die Saargebietsverwaltung irgendwelchen Ein-
fluß auszuüben.

Wenn man berücksichtigt, daß der Völkerbund dem Saar-
gebiet gegenüber als Treuhänder auftritt, und Frankreich
heute in einer ähnlichen Note an England erklärt,
„der englische Protest werde alsbald gegenstandslos werden, da
die von der Kommission angeordneten Ausnahmebestimmungen
bis auf weiteres aufgehoben werden sollen“, so muß man sich
fragen, wie Frankreich dazu kommt, eine solche Erklärung abzu-
geben und man muß sich weiter fragen, wie lange die übrigen,
dem Völkerbund angehörenden Staaten sich eine solche Verge-
waltigung und Bevormundung des Völkerbundes durch Frank-
reich gefallen lassen wollen. Es ist noch nie deutlicher zum Aus-
druck gekommen, als wie gerade jetzt, daß die ganze Völkerbunds-
kommission im Saargebiet eine Farce darstellt, da sie in Wirk-
lichkeit, mit Ausnahme des kanadischen Mitgliedes, ein Organ
Frankreichs zur Vorbereitung der Annexion des Saargebiets ist.

Das wird noch deutlicher dadurch, daß der Präsident
der Regierungskommission, Kault, sich in den
Tagen der französisch-englischen Saardebatte
sich in Paris aufhielt, in Paris, wo im übrigen
die eigentliche Saarverwaltung geleitet wird.

Diese Tatsache sollte der Völkerbundsrats-
mitglieder veranlassen, wenn sie am 25. oder
27. Juni den englischen Antrag auf Untersuchung
des Saarskandals besprechen, wollen sie nicht
erreichen, daß sich dieser Saarskandal zu einem
Völkerbundsskandal auswächst.

Die Franzosen an der Saar.

Aus dem Buche des Engländers E. Osborne.

Übersetzt von Dr. jur. et phil. Klaus Scholl.

Der Engländer Sidney Osborne, der Verfasser der Schrift „Die oberschlesische Frage“, hat unter dem Titel „The French in the Saar“ ein Buch geschrieben, das in den nächsten Wochen erscheinen wird. In folgendem bringen wir in deutscher Übersetzung einige Abschnitte aus dem aufsehenerregenden Werke.

K. S.

Um die vollkommene Ungerechtigkeit zu begreifen, in der die Franzosen Deutschland des Saargebiets und insbesondere der dort vorhandenen Kohlenvorräte zu berauben beanspruchen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Abtretung der Kohlengruben an Frankreich für alle Zeit mit der Begründung „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben im Norden Frankreichs“ (Teil III, Abschn. IV, Art. 45) verlangt wurde und daß diese Forderung näher bestimmt oder erweitert wurde durch den Zusatz und als Teilzahlung der ganzen Entschädigung, zu der Deutschland für den aus dem Kriege herrührenden Schaden verpflichtet ist.“ Wir wollen nun diese Gründe einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Im nördlichen Frankreich, im Pas de Calais, sind die Franzosen infolge der Kriegsmahnahmen Deutschlands zeitweilig der Möglichkeit einer vollen Ausbeute der dortigen Kohlengruben mit ihrer jährlich auf 20 Millionen Tonnen geschätzten Förderung beraubt worden. Es wurde weiter ausgerechnet, daß 10 Jahre zur vollständigen Wiederherstellung dieser Gruben erforderlich seien. Jetzt erkennt man indes, daß diese Arbeit in einer viel kürzeren Zeit erledigt werden kann. Daher läßt sich mit Rücksicht auf die allmähliche Wiederaufnahme der Arbeit in diesen Bergwerken flüchtig berechnen, daß der Ausfall an Förderung vor dem endgültigen Wiederaufbau vermutlich 100 Millionen Tonnen nicht übersteigen wird. Man muß sich gegenwärtig halten, daß durch die Zerstörung von seiten Deutschlands die Kohlenvorräte nicht um eine Tonne vermindert wurde. Lediglich die für die Kohlegewinnung erforderliche Maschinerie und Ausrüstung wurde beschädigt oder zerstört und muß daher erst vollständig wiederhergestellt werden, um die Gruben wieder in dem früheren Ausmaß leistungsfähig zu machen. Diese Bergwerke werden nach ihrem restlosen Wiederaufbau genau denselben Wert wie früher besitzen, und bereits jetzt, wo erst drei Jahre seit der Ratifizierung des Friedensvertrags verflossen sind, ist man der Auffassung, daß sie zu 60 Prozent schon wiederhergestellt sind.

Demgegenüber muß Deutschland als Ersatz für den vorübergehenden Ausfall von annähernd 100 Millionen Tonnen das ganze kohlenreiche Saargebiet abtreten, dessen Gesamtergiebigkeit schätzungsweise elf Billionen Tonnen (11 000 000 000) beträgt, eine Menge, die für 1000 Jahre ausreicht. Für diese Ziffern bedarf es keines Kommentars. Sie zeigen ohne weiteres Beweismittel, wie abgeschmackt es ist, wenn Frankreich als Ersatz für einen vorübergehenden Förderungsverlust, der sich möglicherweise auf 100 Millionen Tonnen beläuft, ein Kohlengebiet beansprucht, das gegenüber dieser Menge eine hundertfach höhere Produktionsfähigkeit aufweisen kann. Dazu kommt, daß für diese Entschädigung schon in anderen Bestimmungen des Friedensvertrags gesorgt wird, die mit der Reparationsfrage in besonderem Zusammenhang stehen. In Teil VIII, Abschnitt 1, Zusatz V des Vertrages wird folgendes verfügt: „Deutschland übernimmt es, Frankreich jährlich sieben Millionen Tonnen zehn Jahre hindurch zu liefern. Außerdem hat Deutschland an Frankreich jährlich zwar für einen zehn Jahre nicht überschreitenden Zeitraum eine Kohlenmenge zu liefern, die gleichkommt dem Unterschied zwischen der jährlichen vorkriegszeitlichen Produktion aus den infolge des Krieges zerstörten Kohlengruben des Nordens sowie des Pas de Calais und der Förderung in demselben Kohlengrubengebiet innerhalb der zehn bewußten Jahre, eine Lieferung, die 20 Millionen Tonnen in jedem der ersten fünf Jahre und acht Millionen Tonnen in jedem der folgenden Jahre nicht übersteigt. Es versteht sich, daß zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete im Norden und Pas de Calais ein angemessener Eifer an den Tag gelegt wird.“

Unter den vorstehenden Vertragsbedingungen wurde Deutschland selbst die Gelegenheit geboten, Vorschläge zu machen, auf Grund deren seine eigenen Ingenieure die Gruben als Aktiopothen für seine Reparationsrechnung wiederaufbauen würden. Es war auch selbstverständlich, daß die diesbezüglichen Lieferungen nach Maßgabe der allmählichen Wiederinstandsetzung der Gruben zur normalen Ausbeutefähigkeit sich vermindern würden und vor Ablauf des Vertrags ganz aufhören könnten.

Es kann daher nach den vorerwähnten Tatsachen nicht zweifelhaft sein, daß, wenn die Kohlenfelder an der Saar Frankreich lediglich als Ausgleich für den Förderungsausfall im Norden und Pas de Calais gewährt worden wären, notwendigerweise eine Bestimmung hätte getroffen werden müssen, nach welcher in dem Augenblick, wo die Entschädigungsbedingungen erfüllt wären, die Saargruben Deutschland zurücküberreignet würden. Der Mangel einer derartigen Bestimmung und der Umstand, daß die Abtretung auch erfolgt „als Teilzahlung der ganzen Entschädigung, zu der Deutschland für den aus dem Kriege herrührenden Schaden verpflichtet ist“, zwingt uns, den letzteren Rechtfertigungsgrund zu prüfen.

Das ganze französische Beweismittel in dieser Beziehung wird durch den Gesichtspunkt entkräftet, daß es unmöglich ist, die Bergwerke zu übergeben, ohne gleichzeitig die Bewohner des Kohlengebiets mitzuverantworten. Noch am 11. Februar 1918 erklärte der Präsident Wilson in einer Ansprache an den Kongreß: „Völker sollen nicht von einer Staatshoheit an eine andere durch eine internationale Konferenz oder eine Verständigung zwischen Rebenhütern und Gegnern verschoben werden.“ Da die Friedensverträge erheblich diesen Grundsatz verletzen, den der Präsident Wilson aufstellte und den sowohl Frankreich als die anderen alliierten Mächte ausdrücklich annahmen, so muß man ihn vielleicht mehr als ein anderes von Wilson verkündetes und von den alliierten Regierungen als Grundlage für den Frieden angenommenes Prinzip immer wieder nachdrücklich hervorheben. Dieser eine Grundsatz birgt Kraft genug in sich, die schwerfälligen Anstrengungen von 32 Regierungen zur Aufrichtung des Weltfriedens zunichte zu machen. Dieser Grundsatz hat alle Berechnungen, die Fragen des Nahen Ostens zu klären, über den Haufen geworfen und wird ebenso sicher alle Berechnungen vereiteln, die auf die Begründung eines dauernden Friedens, sei es in Asien, Afrika, Amerika oder auch in Europa, gerichtet sind.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß dies Gaukelspiel mit dem Leben und der Freiheit eines Volkstamms anerkanntermaßen zu dem Zweck getrieben wird, daß eine Entschädigung für einen bloßen Sachgüterverlust zustande kommen kann. Es handelt sich hier nicht um verlorene Provinzen wie bei Elsass-Lothringen oder um einen Unabhängigkeitskampf wie bei Polen oder um einen Nationalitätenstreit wie bei der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie. Was wir hier haben, das ist, ich wiederhole es, nackt und kraft ein Versuch von seiten Frankreichs, sich aus Gewinnsucht die Ausbeutung eines fremden Landes und Volkes zu sichern. Durch den Versailles Vertrag wurde folgende Lage geschaffen. Das Land ist deutsch, die Bevölkerung ist deutsch, die Verwaltung des Landes ist in die Hand des Völkerbundes gelegt, die Gruben sind Eigentum des französischen Staates und das Zollwesen steht unter der Aufsicht Frankreichs. Die Verwaltung des Landes, die dem Namen nach und scheinungsgemäß bei dem Völkerbund steht, wird in Wirklichkeit von Frankreich allein ausgeübt; denn der Bund hat die gegenwärtige Verwaltung des Landes einer Regierungskommission übertragen, deren Präsident stets ein Franzose sein soll. (Das ist ein Irrtum des Verfassers. Nach dem Saarstatut bestimmt der Völkerbundsrat aus der Mitte der Regierungskommissionsmitglieder den Präsidenten; es ist aber nicht gesagt, daß es das französische Mitglied sein soll. D. Schriftl.) Und eben dieser Präsident der Regierungskommission besitzt die wirkliche Macht. Denn der Vertrag bestimmt (Teil III, Abschnitt IV, Kap. II, Paragr. 18): „Der Präsident handelt als das ausführende Organ der Kommission.“ Man braucht nur die Berichte der Kommission an den Völkerbund durchzulesen, um über den Umfang der nahezu willkürlichen und diktatorischen Gewalt des Präsidenten dieser Kommission ein Bild zu gewinnen. Aber es gibt außerdem so verzwickte und verwinkelte Bestimmungen hinsichtlich der Zuständigkeit und Gerichtsbarkeit im Saargebiet, z. B. zwischen dem Völkerbund, dem französischen Staat, dem Deutschen Reich, der Regierungskommission und den Ortsbehörden, daß es jedem Rechtsgelehrten praktisch unmöglich ist, den wirklichen juristischen Charakter des Saargebietes genau begrifflich zu bestimmen. So sichert sich Frankreich stillschweigend das Recht, die Saarbevölkerung in allen auswärtigen Beziehungen zu ver-

treten, obwohl der Vertrag (Teil III, Abschnitt IV, Kap. II, Paragr. 27) bestimmt: „Die vorliegenden Festsetzungen werden nicht die bestehende Nationalität der Bewohner des Saargebiets berühren.“ Das Ergebnis davon ist, daß Deutschland die Rechte der Saarländer, wenn sie auswärts wohnen, wahr, wogegen dieselben Bewohner zu Hause ihre Rechte draußen von Frankreich vertreten sehen.

Ebenmäßig sind alle Unterbeamten bei der Zivilverwaltung und in anderen öffentlichen Ämtern in Wirklichkeit Deutsche, die ursprünglich entweder vom Deutschen Reich oder von Preußen oder Bayern angestellt wurden. Die

Regierungskommission hat diese Beamten zurzeit übernommen. Vorher mußten sie jedoch vor der Kommission einen neuen Treueid ablegen. Und dennoch sind diese Beamten auch weiterhin noch deutsche Beamten, die dem Deutschen Reich Gehorsam schulden und die gewissermaßen nur vorübergehend für eine Frist von 15 Jahren einer fremden Körperschaft leihweise überlassen worden sind. Außerdem werden ihnen als deutsche Beamten durch den Vertrag viele ihrer Rechte (z. B. das Versicherung-, das Ruhegehaltsrecht) noch weiter gewahrt.

(Fortsetzung folgt.)

Friedenshindernisse im Saargebiet.

Unter dieser Überschrift berichtet der Sonder-Korrespondent der Londoner „Times“ aus dem Saargebiet unterm 13. 5. u. a.:

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet hat nicht nur der gesamten Bevölkerung große Härten auferlegt, sondern hat auch in weitem Maße die staatlichen Einkünfte, besonders die Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr in Mitleidenschaft gezogen. Warum duldet man also, daß er sich hinzieht? Handelte es sich lediglich um eine Lohnfrage, so könnte der Streik morgen schon beigelegt sein, weil praktisch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Leuten und der Bergwerksverwaltung bereits ausgeglichen sind. Aber in dem Augenblick, als ein Uebereinkommen ins Auge gefaßt werden konnte, stellte die Bergwerksverwaltung plötzlich die Bedingung, daß die Delegierten der Arbeiterorganisation entlassen werden sollten. Das ist der einzige Punkt, um den es sich jetzt noch dreht.

Die Leute versichern, daß, indem die französische Regierung auf die Entlassung ihrer Führer besteht, sie das Ziel verfolgt, ihre Organisationen zu zerschmettern, weil diese mächtige Mittelpunkte des deutschfreundlichen Einflusses im Saargebiet bilden. Herr Kault war nicht geneigt, über diesen Punkt mit mir zu sprechen, da mit Bezug auf ihn private Unterhandlungen schweben. Aber er gab zu, daß man auf der Entlassung der Arbeiterführer bestanden habe und er rechtfertigte dies Verlangen mit der Behauptung, daß die Führer deutsche Agenten sind, welche aus politischen Gründen besteht sind, den Streik hinzuziehen, bis die Franzosen das Ruhrgebiet räumen.

Als man in Genf von Herrn Kault wissen wollte, ob er das Notdekret zurücknehmen werde, wenn der Bergarbeiterstreik ein Ende genommen hätte, gab er zur Antwort, daß das von der allgemeinen Lage im Saargebiet abhängen würde und deutete an, daß er vielleicht noch strengere Maßregeln zur Anwendung zu bringen haben würde. Diese Drohung wurde schon bald in die Tat umgesetzt. Seit einigen Tagen besteht eine Verordnung gegen friedliches Streikpostenstehen. In mancher Hinsicht richtet sich diese Verordnung noch stärker gegen die deutsche Bevölkerung als das Notdekret. Sie wird damit gerechtfertigt, daß die Regierungskommission durch den Friedensvertrag dafür verantwortlich gemacht wird, daß Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Bergwerke zu sichern ist und daß den Bergarbeitern Arbeitsfreiheit zu gewährleisten ist.

Die wörtliche Wiederherstellung und Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung auf das Saargebiet beleidigt, obwohl er nach der Revolution durch sozialistischen Druck auf die Regierung in Deutschland abgeschafft wurde, das Nationalgefühl der deutschen Saarbevölkerung.

Herr Kault behauptet, daß was im Saargebiet friedliches Streikpostenstehen genannt wird, ganz verschieden von friedlichem Streikpostenstehen in England ist. Die Zahl der Streikposten ist so groß und sie sind so gut organisiert, daß kein Arbeiter den moralischen Mut aufbringt, durch sie hindurchzugehen. Es ist, wie Herr Kault behauptet, die Pflicht der Regierungskommission, diesem Terror mit geeigneten Maßregeln zu begegnen. Immerhin ist die Verordnung eines Dekrets und seine Durchsetzung zweierlei. Man sagte mir, daß, obwohl Streikposten verhaftet worden sind, es unmöglich gewesen ist, ein Gerichtsverfahren gegen sie durchzuführen.

Wie soll man also gegen sie vorgehen. Herr Kault versicherte mir mehr als einmal, daß er niemals gestatten würde, daß die französischen Truppen zum Bruch des Streikes herwandt würden. Da aber der Streik eine Waffe in den Händen der Bergarbeiter ist, ist er der Ansicht, daß er nicht als politische Waffe gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages angewandt werden darf. Die prodeutsche Partei (!) behauptet ferner, daß zwischen Saarbrücken und Paris ein enges Einvernehmen besteht und daß das Saargebiet mehr vom Quai d'Orsay aus als von Genf aus regiert

wird. Soweit die allgemeine Verwaltung des Saargebiets in Frage kommt, scheint dieser Verdacht unbegründet. (?) Aber es besteht einiger Grund, anzunehmen, daß in allem, was die Freiheit, die Bergwerke auszubeuten, betrifft, Herr Kault in enger Verbindung mit Paris steht und daß er bei dieser Gelegenheit energische Befehle von der französischen Regierung erhalten hat, eine noch energischere Politik durchzuführen, als er selbst durchzuführen für klug hielt.

Ohne Frage hat die deutsche Bevölkerung gute Gründe, sich über das Vorherrschen des französischen Einflusses in der Regierungskommission zu beklagen und über die Ernennung des Herrn Land zu ihrem Vertreter entrüstet zu sein. Herr Land zählt 68 Jahre. Während er als Landrat von Saarlouis fungierte, lehnte die Regierungskommission es ab, ihn in dieser Funktion zu bestätigen wegen seines hohen Alters und wegen Unfähigkeit. Dennoch wurde er beim Rücktritt Dr. Hector's von Herrn Kault als Vertreter des Saargebiets in die für die gute Verwaltung des Gebietes verantwortliche Körperschaft gewählt. Es wird nicht ohne gute Gründe behauptet, daß er gewählt wurde, weil man sich darauf verlassen konnte, daß er genau, wie Herr Kault diktierte, stimmen würde. Als Präsident hat Herr Kault ein Vorschlagsrecht und er kann auf die Unterstützung Herrn Lamberts, des belgischen Vertreters, der lange Jahre bei der belgischen Gesandtschaft in China tätig war, rechnen. Außerdem kann er offensichtlich immer auf die Zustimmung des dänischen Vertreters, des Grafen Moltke, zählen, der, wie ich höre, nicht einmal von seiner eigenen Regierung ernannt worden ist.

Unter diesen Umständen ist Herr Kault tatsächlich unumschränkter Saargouverneur und der Vertreter Canadas steht in allen Dingen von politischer Bedeutung als Minorität allein. Seine Position ist nicht beneidenswert. Er ist lediglich im Saargebiet zur Rechtfertigung des Völkerbundes als einer Behörde, die die gute Verwaltung des Gebietes sichert und darüber wacht, daß die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages dem Buchstaben und dem Geiste nach durchgeführt werden. Er protestierte gegen die Notverordnung und stimmte gegen sie. Und wenn der Völkerbundrat es nicht abgelehnt hätte, ihn zu hören, so wäre er vielleicht nicht irregeführt worden. Er war gegen die Wahl von Herrn Land, aber konnte nicht gegen sie stimmen, weil der Friedensvertrag dem Dr. Hector das Recht gab, seinen Nachfolger zu ernennen. (Darüber ist im Versailler Diktat nichts verzeichnet. D. Sch.) Als die Streikpostenverordnung vor die Kommission kam, enthielt er sich der Stimme, weil er nicht gegen die Bestimmung zur Unterdrückung gewalttätiger Arbeitsbehinderung stimmen konnte. Er ließ aber im Protokoll vermerken, daß er gegen die Unterdrückung friedlichen Streikpostenstehens energisch protestiert habe.

Soll Meineid-Hector straffrei bleiben?

Obwohl Hector in dem bekannten Franke-Prozess des Meineids überführt ist, hat man noch nichts vernommen, daß Hector der Prozess gemacht wird. Er erfreut sich noch unbehelligt seiner Freiheit. Juristen, die in der entscheidenden Sitzung des Hector-Prozesses zugegen waren, sagen, daß sie noch nie einen solchen Fall von Meineid während ihrer vieljährigen Praxis erlebt hätten. Die französische Justiz aber, die im Ruhrgebiet Deutsche ins Zuchthaus schickt, weil sie ihre Pflicht erfüllen, schützt diesen Meineidigen. Korruption des Imperialismus! Wie saarländische Zeitungen berichten, hat Redakteur Adolf Franke gegen das frühere Mitglied der Regierungskommission Hector Strafantrag wegen wissentlichen Meineids und wegen widerrechtlicher Aneignung und Beseitigung von Akten aus dem Stadtarchive von Saarlouis gestellt, nachdem die saarländischen Gerichte sich in dieser Angelegenheit völlig untätig gezeigt haben.

Ein deutscher Protest.

Die deutsche Regierung hat an die Regierungskommission des Saargebietes die nachstehende Protestnote gerichtet:

„Die Regierungskommission des Saargebietes hat am 18. Mai eine Verordnung erlassen, durch die die französische Währung als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet eingeführt wird. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt zur Frage der Währung im Saargebiet bereits in dem Schreiben vom 18. April 1921 anlässlich der Verordnung der Regierungskommission vom 16. März 1921 über die Erhebung aller Gebühren im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr und die Zahlung aller Gehälter und Löhne der Beamten der Post- und der Telegraphenverwaltung in Frank dargelegt. Sie kann angesichts der neuen Verordnung der Regierungskommission vom 18. Mai nur auf die Ausführungen ihres damaligen Schreibens verweisen. War schon die Verordnung vom 16. März 1921 mit dem § 32 der Anlage zu Artikel 45 bis 50 des Versailler Vertrages nicht zu vereinbaren, so stellt die neue Verordnung eine noch weit schwerere Verletzung dieser Vertragsbestimmung dar. Die Regierungskommission nimmt zu Unrecht im Eingang der Verordnung vom 18. Mai auf § 32 Absatz 2 der erwähnten Anlage Bezug. Der Absatz 2 des § 32 räumt nur dem französischen Staat das Sonderrecht ein, sich bei Käufen, Zahlungen und Verträgen über die Ausbeutung der Kohlengruben und ihrer Nebenanlagen des französischen Geldes zu bedienen. Es ist nicht ersichtlich, wie die Regierungskommission, die nach dem System des Versailler Vertrages von der Grubenverwaltung des französischen Staates scharf getrennt ist, aus diesem Absatz Rechte für sich herleiten will. Maßgebend ist vielmehr der Absatz 1 des § 32, der eindeutig zum Ausdruck bringt, daß der Frank im Saargebiet neben der gesetzlichen Währung lediglich die Stellung eines geduldeten Umlaufgeldes einnehmen soll. Die deutsche Regierung erhebt gegen die Verordnung vom 18. Mai mit allem Nachdruck Einspruch und verlangt ihre Aufhebung.“

Eine Abschrift dieser Note hat die deutsche Regierung dem Völkerbund zugehen lassen.

Soweit die deutsche amtliche Mitteilung in der Presse. Uns befriedigt diese Note keineswegs. Wir betrachten sie für zu nichts-taugend angesichts der Tatsache, daß die Saarregierung mit ihrer Verordnung vom 18. Mai ein wichtiges Band zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland glatt geschnitten hat, das sehr schwer wieder anzuknüpfen sein wird. Hier handelt es sich um einen geradezu verbrecherischen Rechts- und Vertragsbruch der Saarregierungskommission, der selbst im englischen Unterhause Beachtung gefunden hatte, so daß Deutschland wirklich alle Veranlassung gehabt hätte, an Hand dieser Maßnahme der Saarregierungskommission die französische Einstellung dieser Kommission vor aller Welt festzustellen. Nichts von alledem. Die deutsche Note beruft sich auf ihr Schreiben vom 18. April 1921. Man muß erst im Saarweihbuch nachlesen, um festzustellen, um was es sich damals handelte. Man erfährt, daß das Auswärtige Amt in Berlin in einem Schreiben an die Regierungskommission des Saargebietes und in einer Abschrift dieses Schreibens an den Generalsekretär des Völkerbundes gegen die Erhebung der Gebühren im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr in Franken protestierte.

Und unter der Wiedergabe dieser deutschen Protestnote verzeichnet das Saarweihbuch in Parenthese: „Die Note ist ohne Antwort geblieben.“ Nichts weiter. Man hat sich dabei beruhigt. Die Bürokratie hat ihre Pflicht getan, es wurde paragrafen- und gepplogenheitsgemäß protestiert. Konnte wirklich nichts weiter geschehen? Am 5. Juni ging folgende Londoner Meldung durch die Presse:

„Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Mac Neill, daß die englische Regierung nur durch die Presse (!) erfahren habe, daß Frankreich im Saargebiet den Franc als einzige obligatorische Geldeinheit eingeführt habe. Die Regierung sei aber von Fragen dieser Maßnahme nicht offiziell verständigt worden.“

Klingt diese Mitteilung der englischen Regierung nicht gleichsam wie ein Vorwurf gegen die deutsche Regierung? Hatte das deutsche Auswärtige Amt wirklich keine Veranlassung, aus Anlaß der Frankenverordnung der Saarregierungskommission die Welt auf diesen ungeheuerlichen Vertragsbruch der Saarregierungskommission ershöpfend hinzuweisen? Und zwar in einer Form, die es nicht wieder notwendig machte, eine Attennotiz einzutragen: „Die Note ist ohne Antwort geblieben.“

Und schließlich noch einige weitere Fragen: „Welche Gründe waren maßgebend, um diese, nach unserer Ueberzeugung sowohl der Form wie dem Inhalt nach unzulängliche Note mit vier-

stättiger Verzögerung abzuschicken? Ist das Saargebiet uns nicht soviel wert, daß man in einer so bedeutamen Frage nicht einen etwas zeitgemäheren Schritt unternahm? Weiß man nichts davon, daß an der Saar 700 000 Deutsche schon seit vier Jahren einen schweren Kampf um ihr Deutschtum, um ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland, zur deutschen Volksgemeinschaft führen? Bedeutet die obige Note der Grad der Anerkennung dieses Kampfes? War es nicht angebracht, das Eisen zu schmieden, da es gerade jetzt heiß ist?“

Die englische Stellungnahme gegen die Saarregierung.

Die französischen Zeitungen hatten vor einigen Wochen angedeutet, daß die englische Regierung auf die Absicht verzichtet habe, eine internationale Untersuchung über die Saarpolitik beim Völkerbund zu beantragen. Noch vor wenigen Tagen, als Lord Robert Cecil vom Präsidenten Millerand empfangen wurde, teilte eine Zeitung mit, der englische „Apostel des Völkerbunds-gedankens“ sei befehlet nach London abgefahren. Diese Mitteilung war irrig. Das Völkerbundssekretariat teilt nämlich mit: „Die englische Regierung hat durch Vermittlung des englischen Vertreters auf der Ratstagung, Wood, beantragt, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Verordnungen der Regierungskommission des Saargebietes vom 7. März 1923 über Aufrechterhaltung der Ordnung und vom 2. Mai über Streikposten zu lenken. Die englische Regierung beantragt außerdem eine Untersuchung darüber, ob die Vertretung des Saargebietes durch die Regierungskommission dem Geiste und Buchstaben des Versailler Vertrages entspricht.“

Rhein, Ruhr und Saar.

Ein Lied soll klingen aus tiefem Born,
Soll singen und sagen stark, hell und klar;
Ein Lied voll Liebe, ein Lied voll Zorn,
Das Lied von Rhein und Ruhr und Saar.

Es sagt vom Leid, vom nagenden Leid,
Der lüstern spähte nach fremdem Gut;
Es heult von Haß, von lechzendem Leid,
Es growt von Wut, es klagt von Blut.

Es singt von Männern aus hartem Holz,
Mit starker Seele und fester Hand,
Von Mannesmut und Mannesstolz,
Von Liebe und Treue und Vaterland.

Not kam daher wie wogendes Meer,
Leid kam daher wie brausender Sturm;
Hier aber trogte gewaltige Wehr,
Hier trogte herrlich der steinerne Turm.

Hier ward ein Ende dem Uebermut,
Hier fand ein Ende Tyrannenmacht,
Hier gaben Helden Leben und Blut,
Bis daß die Freiheit der Deutschen erwacht.

Ein Lied soll klingen aus tiefem Born,
Forthallen soll es von Jahr zu Jahr,
Ein Lied voll Liebe, ein Lied voll Zorn,
Das Lied von Rhein und Ruhr und Saar!

Kladderadatsch
P. W.

Der Geist des Saarstatuts und die Praxis der Saarregierungs-Kommission.

Eine neue Denkschrift der politischen Parteien des Saargebietes an den Völkerbund.

Die politischen Parteien und Landesratsfraktionen des Saargebietes (Zentrumspartei, Vereinigte sozialdemokratische Partei, liberale Volkspartei, deutsch-demokratische Partei und Deutsch-nationale Volkspartei) haben soeben eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet und dem Völkerbund überreicht, in welcher sie an Hand der Saarstatutsbestimmungen, des Völkerbundstatuts und der in der Friedenskonferenz von den alliierten und assoziierten Mächten niedergelegten Grundsätze den Geist des Saarstatuts mit der praktischen Anwendung dieser Vertragsbestimmungen durch die Saarregierungs-Kommission in Vergleich stellen. In der Denkschrift heißt es u. a.:

An der Spitze des Versailler Vertrages steht folgender Satz:

„In der Erwägung, daß es . . . zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist, . . . in aller Offenlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten, . . . und die Gerechtigkeit herrschen zu lassen, . . . nehmen die hohen vertragsschließenden Teile die gegenwärtige Sägung, die den Völkerbund errichtet, an“

(Teil I des Vertrages von Versailles). Ueber 50 Nationen haben sich gemäß diesen Grundsätzen zum Völkerbund zusammengeschlossen.

„Die Regierungskommission des Saargebietes bildet gleichsam die Verkörperung der hohen Prinzipien, die die Gründung des Völkerbundes veranlaßt haben und die sein Werk der Begründung des Friedens und methodischen Ordnung leiten soll . . . Der Völkerbund will hierbei einen positiven Beweis für die praktische Anwendung der Rechte liefern, mit denen der Völkerbund durch die verschiedenen Verträge ausgestattet ist“ (Entschließung des Völkerbundsrats vom 13. Februar 1920).

„Zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung und um Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu gewähren“.

(Art. 48 des Vertrages zu Versailles) ist das Saarstatut geschaffen worden.

Die Erreichung dieser beiden Ziele sollte durch die Zusammenfassung der Regierungskommission gewährleistet, die Unparteilichkeit der Verwaltung sichergestellt werden.

Denn

„den Bewohnern des Gebietes sollte jeder materielle oder moralische Schaden erspart und ihre Rechtslage verbessert werden“.

Daher sollte

„die Regierungskommission des Saargebietes keine andere Aufgabe und keine anderen Interessen haben, als die Sorge für das Wohlbefinden der Bevölkerung“

(Schreiben der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Delegation vom 18. Juni 1919 und Jiffer III der Instruktionen des Völkerbundsrates für die Regierungskommission des Saargebietes vom 13. Februar 1920).

Die Verfasser des Saarstatuts wußten genau, daß nur ein freies und zufriedenes Volk große wirtschaftliche Leistungen vollbringen kann; nur die Freiheit und Zufriedenheit der Bevölkerung wird das Ausbeutungsrecht Frankreichs an den Kohlengruben zur höchsten Wirksamkeit entfalten.

Die selbstverständliche Voraussetzung dieses Systems ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Regierung und Regierung. Daher ist bestimmt, daß die Regierungskommission weder Gesetze und Verordnungen ändern, noch neue Steuern erheben darf, ohne die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu befragen. (§§ 23 Abs. 2, 28 Abs. 3 des Saarstatuts.) Nach dem Geiste des Vertrages sollen also die mit den Idealen des Völkerbundes zu vereinbarenden Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden; das Recht des französischen Staates auf freie Ausbeutung der Gruben bleibt dabei unberührt.

Um bei der Bevölkerung keinerlei Sorge um die Erhaltung der von ihren Vätern ererbten Kultur auskommen zu lassen, wurde ihr die Unantastbarkeit ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Selbstverwaltung in den örtlichen Vertretungen, ihrer religiösen Freiheiten, ihrer Schule und Sprache, ihrer Gerichtsbarkeit und ihrer sozialen Rechte sichergestellt (§§ 12 Abs. 2, 22 Abs. 3, 23, 24, 25 Abs. 2 und 3, 27 Abs. 1, 28 Abs. 1, 29 und 30 Abs. 2 des Saarstatuts).

Damit noch nicht genug; um

„genügend Bürgschaften gegen jeden Mißbrauch der der Regierungskommission anvertrauten Macht“ zu geben, ist die Verantwortlichkeit der Regierungskommission gegenüber dem Völkerbunde festgelegt (vergl. Antwort der alliierten und assoziierten Mächte vom 18. Juni 1919).

Wie hat nun die Regierungskommission dieses von so hohen Gesichtspunkten getragene Statut angewandt? Sie hat sich keinen Geist nicht zu eigen gemacht; ihre Praxis läßt ihn sogar vollkommen vermissen. Die Denkschrift führt dann 8 Punkte auf, durch die bewußte Verstöße der Saarregierungs-Kommission gegen Buchstaben und Geist des Saar- und Völkerbundstatuts und ihre Instruktionen traf beleuchtet werden:

1. Die Befassung des französischen Militärs im Saargebiet und die Verhinderung der bestimmungsgemäß vorgesehenen Schaffung der örtlichen Gendarmerie.

2. Das Versagen der Regierungskommission in dem Bergarbeiterstreik an der Saar, wo sie sogar ganz einseitig zugunsten der französischen Bergverwaltung eingriff und versuchte, den Streik mit Gewalt niederzuschlagen. Als Beweis werden die berühmte Rotverordnung und das Verbot des Streikpostenstehens herangezogen.

3. Das Versagen der Saarregierungs-Kommission in der Anwendung der sozialen Gerechtigkeit. Der Präsident der Regierungskommission schreckte sogar nicht davor zurück, mit der Auflösung der Arbeitergewerkschaften und der Beschlagnahme ihrer Kassen zu drohen.

4. Wichtige Arbeiterschutzmahnahmen hat sie unterlassen.

5. Uebertragung des Schutzes der Interessen der Bewohner des Saargebietes im Ausland an Frankreich, die sich als völlig ungeeignet und wirkungslos erwiesen hat, da die Anrufung dieses Schutzes fast ausschließlich bei Verletzungen der Interessen von Saargebietsbewohnern durch Frankreich notwendig geworden ist. Diese Auslandsvertretung hat vor allem versagt bei den häufigen Interessengegensätzen zwischen Saargebiet einerseits und französischer Zollverwaltung und interallierter Rheinlandskommission andererseits. Die den Saargebietsbewohnern zugesicherte Freizügigkeit überall in Deutschland wurde durch Maßnahmen der Rheinlandskommission im Falle des Kommerzienrats Dr. Köhling aufgehoben, ohne daß die Regierungskommission mit Erfolg gegen diese Maßnahmen eingeschritten ist. Dasselbe trifft zu bei der Erschwerung bzw. gänzlichen Unterbindung des Waren- und Güterverkehrs zwischen dem Saargebiet, dem besetzten und unbesetzten Deutschland.

6. Eingriff in die kulturellen und religiösen Freiheiten der einheimischen Bevölkerung, Förderung der französischen Schule im Saargebiet unter größtmöglicher Verletzung der Saarstatutsbestimmungen. Geistliche Abkürzung und Verkümmern der Bevölkerung in ihren Verbindungen mit der deutschen Geisteswelt.

7. Mißachtung der Wünsche und Beschwerden durch die Saarregierungs-Kommission, Nichtanhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung, Nichtberücksichtigung der Beschlüsse und Einsprüche des Landesrats.

Die Denkschrift kommt schließlich zu folgendem Endergebnis:

Die Tätigkeit der Regierungskommission hat unhaltbare Zustände geschaffen. Eine tiefe Kluft ist aufgetreten zwischen Regierung und Bevölkerung. Alle guten Elemente der Bevölkerung werden durch die Methoden der Regierungskommission abgestoßen. Durch Engherzigkeit und Mißachtung verbriefter Rechte, durch Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Bevölkerung und durch Mißbrauch der ihr anvertrauten Gewalt hat die Regierungskommission es in so kurzer Zeit erreichen können, daß sie alles und jedes Vertrauen in der gesamten Bevölkerung verloren hat. Sie steht allein und isoliert in dem Gebiete, dessen Wohlfahrt in ihre Hände gelegt ist. Dabei war ihre Aufgabe derartig ideal, daß ihre Erfüllung ihr zum höchsten Ansehen in der ganzen Welt verholfen hätte. Sie sollte die hohen Grundsätze des Völkerbundes: Gerechtigkeit, Freiheit, Selbstbestimmung verwirklichen. Hierdurch sollte sie die tiefe Kluft zwischen zwei großen Völkern überbrücken. Die Regierungskommission hat dies nicht vermocht. Sie hat die hohen Prinzipien, die die Gründung des Völkerbundes veranlaßt haben, nicht in die Praxis umgesetzt. Das ist der Grund, aus welchem nicht etwa die Idee, wohl aber das Werk derer, die dazu berufen waren, diese Idee in die Tat umzusetzen, Schiffbruch leiden mußten.

Und dennoch lebt im Saargebiet eine Bevölkerung, die aufrichtig wünscht, daß die großen Gedanken, die erhabenen Ideale des Völkerbundes verwirklicht werden von einer Kommission, die dieses Ziel auch wirklich ernstlich will. Einer solchen Regierung würde die ganze Welt Beifall zollen. Vor aller Welt wäre dann der Beweis dafür erbracht, daß eines der schwierigsten Probleme der Weltgeschichte auf dem Wege über den Völkerbund seiner Lösung zugeführt werden kann im Geiste der Gerechtigkeit und der Völkerverständnis.

Erster Saarländischer Katholikentag.

Am 3. Juni fand in Saarbrücken der Erste Saarländische Katholikentag statt; er erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß der Bischof von Trier, Dr. Bornewasser, der Weihbischof von Trier, Dr. Münch, früher Pfarrer an der Marienkirche in Neunkirchen, und der Bischof von Speyer, Dr. Sebastian, daran teilnahmen. Der Katholikentag war nach den vorliegenden Zeitungsberichten eine überwältigende Rundgebung für den katholischen Glauben sowohl wie auch für die untrennbare Zugehörigkeit der Katholiken des Saargebietes zu ihren Bistümern Trier und Speyer. Die „Saarbr. Ztg.“ berichtete über eine imposante Rundgebung der Saarkatholiken u. a. folgendes:

Vom frühen Morgen an wälzen sich unübersehbare Menschenströme in die Stadt, um sich auf vorgeschriebenen Annarschwegen zum Aufstellungsort des Festzuges zu begeben. In den Stadtteilen um den Landwehrplatz stauen sich bis weit über die Chausseen nach Stuhlfagenhaus zu die Delanate. Vereine und Gruppen, während die ununterbrochen einlaufenden Sonderzüge immer neue Massen zum Annarsch bringen. Doch einer musterhaften Organisation gelingt es, die über die Voranmeldung hinaus eingetroffenen Menschenmassen zu ordnen und pünktlich bereitzustellen: mit dem Glöckenschlag 12.30 Uhr setzt sich die Menschenlawine in Bewegung. In Achter- und Sechserreihen zieht die gewaltige Armee mit 357 Fahnen, 80 Musik- und über 200 Trommlerkorps durch die mit Tannen und Fahnenschmuck verzierten Straßen, wo viele Tausende Später bildend den Zug erwarten. Über 70 000 Personen sind im Marsch, und bieten in ihren Reihen ein buntes und wechselvolles Bild. Den Höhepunkt erreicht der Festzug auf dem mit Fahnemasten umfäumten Rathausplatz, wo die drei Bischöfe unter einem auf der Rathausstreppe errichteten Baldachin Platz genommen haben. Die Kirchenfürsten sind tief bewegt, als der Fahnenvogel schier kein Ende nehmen will und stets neue Massen auf dem Plan erscheinen.

Gegen 1/4 Uhr hat der Vorbeimarsch sein Ende erreicht. Vom Ludwigspark und den angrenzenden Stadtteilen aus zerteilen unsichtbare Venter die Massen sofort in die einzelnen Versammlungsorte und Unterkunftsstätten.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, im einzelnen über die große Zahl von Rundgebungen, die dem Festzuge folgten, zu berichten. Überall, wo solche Versammlungen unter freiem Himmel oder in den zur Verfügung gestellten Räumen vor sich gingen, geschah es unter dem Massenandrang, der das Kennzeichen des ganzen Tages war. Ein kurzes Bild nur: In 9 Männer-, 5 Jugend- und 6 Frauenversammlungen beleuchten Redner vom katholischen Standpunkt aus Erziehungs- und Kulturfragen, während die Bischöfe von Versammlung zu Versammlung eilen, um einige, stets von stürmischen Widerhall begleitete Worte zu sprechen. Und überall der gleiche Eindruck: Keine Mahnung und keine Bitte um Treue, sondern das Aussprechen der unerschütterlichen Gewissheit, daß die saarländischen Katholiken ihren alten Bischofsstühlen nimmer und nimmer untreu werden. In der Saalkonferenzversammlung erscheint Bischof Bornewasser, nachdem der Bischof von Speyer den Pfälzern besonders warme Worte gewidmet hat, mitten in der Rede des pfälzischen Abgeordneten Hoffmann. Eine stürmische Ovation begrüßt seinen Eintritt und legt sich erst, als der Bischof ein Zeichen gibt, daß er sprechen will. In bewegten Worten dankt er für die Rundgebung am Nachmittag und weist dann auf die schweren Sorgen hin, die den Bischof von Trier bedrückt hätten. Aber nun er gesehen, wie viele katholische Männer sich um ihren Hirten scharten, wolle er diese Sorgen gern und freudig tragen. Als der Bischof seine Rede mit den Worten schließt: Treue um Treue! Euer Bischof von Trier hat den Schwur geleistet, Euch treu zu bleiben und der Treue der katholischen Saarländer zum Bischof von Trier ist er gewiß! da durchbraust ein neuer orkanartiger Beifall den weiten Saal. Während folgt der Bischof darauf hinzu: Ich danke Euch, ich weiß, was Ihr Euch dabei gedacht habt! und spendet den Anwesenden den oberhirtlichen Segen. In dieser Versammlung ist es auch, wo Bürgermeister Dr. Reikes namens der Stadt Saarbrücken die Bischöfe und die Teilnehmer des Katholikentages herzlich willkommen hieß und ihnen den Dank für ihre Rundgebung übermittelte. Sie habe ein herrliches Zeichen von Bekenntnistreue in einer Zeit gebracht, wo mancher materieller Vorteile wegen um seine Gesinnung mit sich handeln lasse. Die saarländische Bevölkerung sei zuverlässig und treu und jeder einzelne der Kirchenwirten werde auch die Überzeugung gewonnen haben, daß sie sich, „komme, was kommen mag“, auf die saarländischen Katholiken verlassen könnten. Die Mauer, die die katholische Bevölkerung errichtet habe, halte aus für alles, was dem Saarpolk noch bevorstehe. Der starke Beifall zeigte, daß auch dieser Redner den Massen aus dem Herzen gesprochen hat.

Der Katholikentag faßte mehrere Entschlüsse. In der einen wird gesagt:

„In der ganzen christlichen Vergangenheit war das Saargebiet seinem überwiegend größten Teil nach stets — ein verschwindend kleiner Teil: Saarlouis mit einigen Pfarren seit mehr als hundert Jahren — mit den Mutterdiözesen Trier und Speyer aufs engste verbunden. Dieselben kirchlichen Gewohnheiten, Rechte und Gebräuche, dieselbe kirchliche Tradition, dieselbe deutsche Sprache haben stets und aufs innigste dieses Band geschlossen. Daher beteuern wir es feierlich vor der ganzen Welt, daß wir, wie in der Vergangenheit, so auch in aller Zukunft mit unseren Mutter- und Heimatdiözesen untrennlich und treu vereint bleiben wollen.“

Daher geht unsere einmütige und innige Flehbitten an den Hl. Vater zu Rom und an die anwesenden Diözesanbischöfe von Trier und Speyer, den Bitten und Wünschen der saarländischen Katholiken entsprechend die Verbindung mit den Diözesen Trier und Speyer wie bisher zu erhalten und vorläufig, wenigstens bis zur endgültigen politischen Gestaltung des Saargebietes, die dem Versailler Vertrag zufolge im Jahre 1935 durch Volksabstimmung erfolgen soll, auf dem kirchlichen Verwaltungsgebiete nichts ändern zu lassen.“

„Der Erste Saarländische Katholikentag begrüßt dankbar das Rundschreiben des Hl. Vaters Pius XI. über den Frieden Christi im Reiche Christi und macht es freudig zur Grundlage seiner Beschlüsse und Bestrebungen. Wir sind durchdrungen und überzeugt, daß ein dauernder Völkerrfrieden und eine wirkliche Völkerverständigung nur auf dem Boden der christlichen Wahrheit und Gerechtigkeit erzielt werden kann. Zur Verbreitung des Friedensgedankens und zur Sicherung des Weltfriedens ist eine internationale Organisation der Völker im Geiste der christlichen Liebe und des gegenseitigen Verständnisses durchaus notwendig.“

In einer solchen Organisation muß die größte moralische Macht der Welt, der Papst als Stellvertreter des göttlichen Friedenskönigs auf Erden, und als gemeinsamer Vater der Christenheit unbedingt vertreten sein.

Der Erste Saarländische Katholikentag ist überzeugt, daß die Grundsätze des päpstlichen Rundschreibens über den Frieden Christi im Reiche Christi das Recht des Einzelnen und der Völker auf Leben, Freiheit und Wohlfahrt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Gleichberechtigung der Nationen am besten gewährleisten. Wir laden alle Glaubensgenossen der ganzen Welt hiermit ein, auf dieser Grundlage mit uns an der Anbahnung eines wahren Völkerrfriedens zu arbeiten.

★

Den feierlichen Auftakt zum Katholikentag bildete die Grundsteinlegung zur St. Michaelskirche, die dem Andenken des verstorbenen Trierer Bischofs Dr. Michael Felix Rorum gewidmet ist. Auf dem Felsen des Rotenberges, am alten Friedhof, soll sich die neue Kirche erheben, hoch über den Häusern der Stadt. Ein weites Gebiet ist bereits für den Bau eingeebnet. Auf der abfallenden Seite des Rotenberges sind die Umfassungsmauern schon so weit aus dem Boden gewachsen, daß der Grundriß des Gebäudes deutlich zu erkennen ist. Nachdem der Bischof den Platz der künftigen Kuppel geweiht, beginnt der eigentliche Akt der Grundsteinlegung. Ein Geistlicher verliest im Auftrage des Bischofs die Urkunde. Hierauf wird die Urkunde, zusammen mit einigen eisernen Münzen, Zeichen unserer Notzeit, in die Kapsel verschlossen und in den Stein versenkt. Dr. Bornewasser vollführt als erster drei Hammerschläge auf den Stein. Hell klingen sie über die Häupter des Volkes hinweg, an das der Bischof dann eine eindrucksvolle Ansprache richtet. In martigen Sätzen ruft er zu Glaube, Hoffnung und Liebe auf. In ehrenden Worten gedenkt er dabei seines Vorgängers, des verstorbenen Bischofs Rorum von Trier. — Vater Dr. Kerth, der Rektor der Weissen Väter in Trier, hält hierauf die Festpredigt, in der er die Bedeutung des Tages für das religiöse Leben an der Saar betont. Er schließt seine Ausführungen mit einer Abwandlung der Inkripte auf der Kölner Domglocke:

St. Michael bin ich genannt.
Erdne am Saarestrand,
Rufe trotz Not und Leid
Zur Einigkeit!

Dann führte der Festpredner seine drei Hammerschläge auf den Grundstein. Seinem Beispiel schlossen sich die übrige Geistlichkeit sowie die Festgäste an, worauf eine feierliche Messe die weisevolle Handlung beschließt.

Anschließend die Saarländischen Katholikentages wurde auch ein Guldigungstelegramm an den Papst abgefaßt.

Die Anprangerung Schmolls.

Architekt und Landesratsmitglied von Richerts Gnaden Gustav Schmoll gen. von Eisenwert, hatte sich bekanntlich in der letzten Landesratsitzung in heftigen Angriffen gegen den Abg. Dr. Röschling gewandt, weil er glaubte, von diesem als Franzosenfreund verdächtigt worden zu sein. Schmoll wandte sich außerdem in einem offenen Brief im „Tageblatt für das Saargebiet“ gegen Dr. Röschling, den dieser mit einem offenen Brief in der „Saarbr. Ztg.“ und „Saarb. Landeszeitung“ beantwortet. Dr. Röschling schreibt Herrn Schmoll u. a. folgendes ins Gedächtnis:

„... Die Geschichte der letzten Landesratswahlen spricht gegen Sie.

Zunächst kann man es schwer mit dem deutschen Standpunkte vereinbaren, daß Herr Major Richert als Freibitter für Ihre Kandidatenliste ausgezogen ist. Herr Major Richert in der Gestalt des Förderers des „einwandfreien deutschen Standpunktes“ ist sicher keine Empfehlung für diesen!

Auch die Bemühungen des Direktors des Innern, Herrn Delsau, um Ihre Liste erwecken nicht den Eindruck, als ob Ihr „einwandfrei deutscher Standpunkt“ den französischen Tendenzen hier im Saargebiet irgendwie gefährlich sein könnte.

Es war Ihnen unangenehm, daß ich im Landesrat die Rede des französischen Senators Ferry vom 22. Februar 1923 anführte. Das ist mir begreiflich! Herr Désiré Ferry hat diese Rede nach einer sehr eingehenden Studienreise durch das Saargebiet gehalten, bei der ihm von französischer Seite alles gezeigt und gesagt wurde, was für die französische Saarpolitik von Bedeutung war. Er sagt unter anderem bei der Kritik des Wahlstatuts zum Landesrat, daß es leicht gewesen wäre, die im Lande vorhandenen Interessengegensätze gegeneinander auszuspielen, damit „diese Interessen sich gegenseitig geschadet hätten“. Man sieht, es ist durchaus die normale Tendenz jedes Eroberers, die hier durchbricht, die Bevölkerung gegeneinander aufzubringen. Er fährt dann fort:

„Erst im letzten Augenblick bildete man eine Art gemischte Partei, welche keiner der politischen Organisationen der Saar entspricht, — eine künstliche Schöpfung, die (wie Sie sich denken können) keinen Erfolg hatte. Andererseits versuchte man, ebenso erfolglos, da das an und für sich geschickte Manöver zu spät in Szene gesetzt wurde, die Unabhängigen zu gewinnen, um eine Bresche in die Front der Mehrheitssozialisten zu schlagen, die in Deutschland Bangermanisten sind.“

Aber Ihre eigenen Taten während des Wahlkampfes sprechen für sich selbst. Sie haben u. a. ein Flugblatt herausgegeben, das die Sätze enthält:

Fort mit dem Nationalismus von Ost und West!

Fort mit der Bevormundung durch auswärtige Sendlinge, einerlei welcher Richtung!

Fort mit der ewigen Rörgelei und den Genfer Aster-Delegationen!

Ich weiß nicht, was die Redensart vom „Nationalismus von Ost und West“ sagen soll. Ein wirklicher Nationalismus, der unserer gemeinsamen Saarheimat gefährlich ist, kommt doch nur vom Westen! Wenn Sie von einem deutschen Nationalismus reden wollen, der uns gefährlich werden könnte, so besteht er hier nicht. Was die Bevormundung durch „auswärtige Sendlinge“ heißen soll, weiß ich nicht. Meinten Sie damit Herrn Richert, den Freiwerber für Ihre Liste, oder meinten Sie damit deutsche Randsleute aus dem Reich, die in irgend einer Form der Saarbevölkerung helfen wollen? Daß Sie die Vertretung der wichtigsten Interessen der Bevölkerung mit „ewiger Rörgelei“ bezeichnen, spricht für sich selbst. Ist das der Dank für die von Herrn Richert erhaltene Unterstützung?

Unter solchen Umständen mußten Sie natürlich auch die Genfer Delegationen so niedrig einschätzen, wenn Sie die Wahlhilfe nicht verlieren wollten. Die Bevölkerung wird ja wohl, nachdem sogar die berüchtigte Notverordnung seit der letzten Genfer „Asterdelegation“ nicht mehr angewandt worden ist, anderer Meinung sein wie Sie; besonders nachdem durch die Tätigkeit dieser Delegation — nicht durch die Ihre, Herr Schmoll — die Notverordnung eine Diskussionsfrage zuerst in Genf, dann im englischen Unterhaus und schließlich in der ganzen Welt geworden ist.

Sie sprechen auch höchst unfreundlich über einen Ehrenmann wie Herrn Schmölzer. Ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Herr Schmölzer schon eine Denkschrift an Herrn Wilson unterzeichnet hat, als Sie noch nach Saargemünd fuhren, um Herrn Poincaré zu begrüßen. Dabei hatten Sie eben erst die Uniform des Rittmeisters d. R. eines vornehmen Kavallerie-Regiments ausgezogen!

Sie beschwerten sich weiter über meine Bemerkung im Landesrat, Sie seien allerhand Versuchungen zum Opfer gefallen, und

mußten von mir wissen, was ich damit meine. Das will ich Ihnen gerne sagen:

Zuerst suchten Sie sich eine politische Plattform bei den Demokraten. Als Sie dort ausgeschieden waren, versuchten Sie bei der jetzt von Ihnen so sehr geschmähten Liberalen Volkspartei, die Sie aber wegen Ihrer politischen Vergangenheit abgewiesen hat. Dann haben Sie eine eigene wirtschaftliche Partei gegründet, die ausdrücklich gegen die politischen Parteien gerichtet war. Und dabei haben Sie in besonderem Maße die Hilfe der Franzosen genossen; Sie haben auch Ihr Verhalten so eingerichtet, daß diese Hilfe Ihnen zuteil werden konnte.

Um aber die politische Seite Ihres ganzen Verhaltens klar auszusprechen, so ist es für mich kein Zweifel, daß Ihr Verhalten, wenn es Erfolg hätte, zu einer Zerspaltung der einheitlichen Abwehrfront der gesamten Bevölkerung gegenüber den Französisierungsbemühungen führen würde. Denn wenn Ihr Beispiel Nachahmung finden sollte und jeder Stand anfangen wollte, seine wirtschaftlichen Sonderinteressen um jeden Preis in den Vordergrund zu schieben, so wäre die Abwehrfront gebrochen. Deshalb wurden Sie, Herr Schmoll, von den Franzosen unterstützt!

Frankreich wünscht das Saargebiet auf diesem oder jenem Wege sich einzuverleiben. Geschützt werden wir durch den Völkerbund, der keine anderen Machtmittel besitzt, wie die moralische Autorität der hinter ihm stehenden Völker. Von ihr allein hängt gegenwärtig die Existenz des Saargebietes als eines deutschen Gebietes ab. Verfügt diese moralische Autorität oder verhält sich die Bevölkerung so, daß die moralischen Kräfte des Völkerbundes sich von ihr abwenden, so ist unser Schicksal besiegelt. Wir werden von Frankreich annektiert.

Jede Partei aber, die den politischen Parteien bei ihrem Abwehrkampf in den Rücken fällt, die die Zerspaltung des Volkes herbeiführt, fördert die Annektionsbestrebungen Frankreichs! Tut eine Partei dies wissentlich, so übt sie — wie mein Parteikollege Schmölzer sehr richtig sagt — Verrat; tut sie es unwissentlich, so ist sie hoffnungslos unbegabt. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung sowohl in dem einen wie in dem anderen Falle sich von ihr abwenden wird. Und in diesem Sinne, Herr Schmoll, glaube ich, daß Sie Franzose werden wollten, denn Ihre Politik führt, wenn Sie Erfolg haben, geradewegs dahin!

Es ist klar, diese Wahrheit liebt Herr Schmoll nicht. Er wird toben und schimpfen. Die Tatsache, daß er durch die Gnade Herrn Richerts, des Todfeindes der deutschen Einheitsfront, in den Landesrat geschoben, daß er heute in der Dortenschen Separatisten- also Verräterfront steht, kann er nicht beseitigen, kann er um so weniger beseitigen, als ihm auf seiner Agitationsreise durch die Saarpfalz in Erbach eine „schlagende“ Deutung dessen gegeben wurde, was man in deutschen Landen deutsche Treue und Vaterlandsliebe nennt. Herr Schmoll, mag er es noch so oft und noch so laut abstreiten, hat sich mit Leib und Seele dem deutschen Todfeind verschrieben, weil er darin augenblicklich den materiellen Vorteil sieht. Herr Schmoll steht im Lager derer, die in der Not des Vaterlandes dieses verraten.

Und wir wollen ihm gedenken!



Ja, Bauer . . .

Kupfte einst, mehr oder weniger
Groß, der Türle den Armenier,
Schlugen Flammen aus der Esse
der gesamten brit'schen Presse.

Ward in Kongos Finsternissen
Dann ein Neger totgeschmissen,
Kraut mit wildem Blißgeschmetter
Donnerwetter durch die Blätter.

Magte irgendwo — von Indien
Abgesehn — ein Mensch zu sünd'gen,
Hand dies rächende Verbreitung
Gleich durch jede City-Zeitung.

Wenn die Russen wen erschleßen
Oder sonst beseit'gen ließen,
So verflucht' sie tausendmal
Jedes Londoner Journal.

Nur von der gehäuteten Schandtat,
Die Degoutte bisher uns antat,
Schweigt die Presse höchst gerissen.

Dieses nennt man Weltgewissen.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Der „Segen“ der Frankenwährung.

deren Einführung ab 1. Juni bekanntlich unter Bruch der Saarstatutsbestimmungen von der Saarregierung diktiert wurde, macht sich im ganzen Saargebiet bereits allgemein fühlbar geltend. Durch die Umstellung der Preise auf den Franken sind die Preise geradezu sprunghaft in die Höhe geschossen, so daß allen Frankenforderern plötzlich inne wird, welche „wirtschaftlichen Vorteile“ sie gegen die politischen Konsequenzen, die Herr Kault und Frankreich aus der Einführung der Frankenwährung ziehen werden, eingetauscht haben. Wenige Tage vor der „geheulichen“ Einführung der Frankenwährung prangten an allen Plakatsäulen usw. große Warnunastafeln, die den Wucher bei der Umstellung auf den Frankenpreis durch behördliche Maßnahmen ausschließen sollten. Es scheint, als ob die Regierungskommission Angst habe, daß die Geister, die sie durch die übereilte Einführung des Franken gerufen hat, nun nicht mehr loszuwerden sind. Um die oben erwähnten Maßnahmen durchführen zu können, hat sie eine Sonderkommission gegründet, die die Umstellung überwachen soll. Diese Kommission wurde nach dem autokratischen Verfahren der Saarregierungskommission ernannt, nämlich ohne die großen Organisationen von Handel und Gewerbe überhaupt zu befragen. Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer sind in der Kommission nicht befragt worden. Dabei wäre die Aufgabe durch Ausbau und Nachrüstung der letzteren zweckdienlicher zu lösen gewesen. Der Schutzverein für Handel und Gewerbe, der die meisten Firmen des Saargebietes umfaßt, erhebt gegen dieses selbstherrliche Vorgehen des Herrn Kault erfolglos scharfsten Einspruch. Wohin übrigens die Regierungskommission mit ihren Preisbildungsmethoden flüchtet, wie sie sich in den Richtlinien für diese Sonderkommission ausdrücken, ergibt sich aus folgender Bestimmung: Wenn die Vorkriegspreise in Mark mit drei multipliziert sind, so ist es als angemessener Frankenpreis zu bezeichnen. Für landwirtschaftliche Produkte gelten die Preise in Elsaß-Lothringen.

Einen recht verben Dämpfer haben die Franken-Enthusiasten erhalten durch eine Veröffentlichung in der „Saarbrücker Landeszeitung“, in der es unter anderem heißt: Es wird sich auf keinen Fall vermeiden lassen, daß

die Frankenpreise höher werden als die bisherigen Marktpreise;

denn bei dem fortwährenden Sturz der Mark sind die Preise trotz aller Erhöhung und Kompensation — Kompensationen sind ja nur bis zu 70 Prozent von der Oberpreisprüfungscommission zugelassen — immer hinter den tatsächlichen Anschaffungspreisen zurückgeblieben. Da nun kein Kaufmann anders als auf Grund seines Gesehenspreises kalkulieren kann, müssen die Preise in Franken höher sein als die bisherigen Marktpreise. Mit dieser Last muß sich jeder abfinden. Die Lohnempfänger haben das ja auch getan, indem sie durch die Veränderung des Preisniveaus Anpassung an die französischen bzw. elsass-lothringischen Löhne verlangt haben.

Ueber den

Post- und Verkehrsstandal im Saargebiet

schreibt die „Neunt. Volkszeitung“. Ausgehend von dem Bemühen des französischen Militärimperiums, das besetzte Gebiet immer mehr vom übrigen Deutschland abzuschließen, wird darin u. a. gesagt: Auch auf die Verkehrsverhältnisse im Saargebiet wirken sich diese Beschränkungen in der einschneidendsten Weise aus. Nicht nur, daß die persönliche Verkehrsfreiheit des einzelnen gestört ist, auch Handel und Gewerbe des Saargebietes werden durch das gänzliche Ausbleiben jeglicher Brief- und Paketpost usw. und die dadurch einsetzende Abschnürung von dessen bisherigen natürlichen deutschen Lieferungsbezirken in der empfindlichsten Weise direkt geschädigt. Die Regierungskommission hat bekanntlich die Aufgabe, als Treuhänderin des sie beauftragenden Völkerbundes das Wohl, also auch wohl das wirtschaftliche Wohl, der Bevölkerung an der Saar in erster Linie im Auge zu behalten. Wir fragen daher: Was hat der saarländische Verkehrsminister Lambert getan, um die Interessen der Saarbevölkerung gegenüber der von der Interalliierten Rheinlandskommission und dem Befehlungsbehörden verfügten postalischen und sonstwie verkehrlichen Abschnürung des unbesetzten und besetzten Deutschland vom Saargebiet sicherzustellen? Falls dies noch nicht geschehen sein sollte, fragen wir weiter: Was gedenkt der Herr Verkehrsminister Lambert zu tun, um dem französischen Militärimperium gegenüber die der Saarbevölkerung im Friedens-

vertrag verbrieften Rechte eines unbehinderten Verkehrs mit dem übrigen Deutschland unverzüglich praktisch zur Durchführung zu bringen? Aber, bitte, etwas Tempo, Herr Verkehrsminister. So kann der Post- und Verkehrsstandal im Saargebiet nicht weitergehen.

Den besten Beweis, wie sich die Saarregierungskommission mit den Vertragsverletzungen der Rheinlandskommission abzusinden gedenkt, hat

das Durchreiseverbot für Kommerzienrat Dr. Köhling

durch das besetzte Gebiet ergeben. Herr Kault wird nicht bestreiten können und wollen, daß er bei Herrn Tirard bzw. in Paris direkt um dieses Verbot ersucht hat, da ihm die Tätigkeit des Herrn Köhling in Genf gegen die Französisierungspolitik der Saarregierungskommission fürchterlich zu werden drohte. Bezeichnend hierfür ist folgendes Telegramm, das die Fraktionen des Landesrates der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei, der Liberalen Volkspartei und der Demokratischen Partei an den Völkerbundrat richteten:

„Völkerbundrat, Genf.

Regierungskommission teilte 19. Mai mit, daß Landesratsmitglied Dr. Hermann Köhling sich bei Betreten besetzten Gebietes sofortiger Ausweisungsmahnahme ausseht. Diese Anordnung Interalliierten Rheinlandskommission verstößt gegen Note der alliierten und assoziierten Mächte 24. Mai 1919, wonach Versailler Vertrag den Einwohnern des Saargebietes Aufrechterhaltung aller gegenwärtigen Freiheiten zusichert. Zu diesen Freiheiten gehört unbestreitbar die Freizügigkeit in Deutschland. Dieses Recht ist nochmals ausdrücklich festgelegt in § 22 Absatz 3 des Saarstatuts und Artikel 321 Versailler Vertrag. Bemühungen durch Regierungskommission bisher erfolglos. Wir bitten Völkerbundrat, dahin zu wirken, daß jedem Bewohner des Saargebietes dieses garantierte Recht gewahrt bleibt. Denkschrift folgt sofort.“

Wenn übrigens für diesen Fall neuer Mißachtung der Saarstatutsbestimmungen nicht einflußreiche Personen des Völkerbundes interessiert werden können, dann dürfte kaum etwas erreicht werden können, da Herr Kault bekanntlich

nur Anweisungen von Paris anerkennt.

Das beweist das Kapitel „Notverordnung“.

Verordnung gegen die Koalitionsfreiheit.

Am 29. April fand in Saarbrücken eine Tagung der Funktionäre der Freien Gewerkschaften statt, die sich mit der jüngsten Verordnung der Regierungskommission (Zusatz zum § 152 der Gewerbeordnung, der das Streikpostenstehen verbietet und die Beeinflussung Arbeitswilliger unter schwere Strafen stellt), befaßte. Der Verammlungsleiter Kimmich führte dazu laut „Volksstimme“ aus:

„Im Auftrage des A. D. G. B. begab ich mich zum Präsidenten der Regierungskommission, um ihn wegen dieser Verordnung zu interpellieren. Der Präsident Kault der Regierungskommission erklärte mir, daß er bei seiner Anwesenheit in Genf

aus Paris ein Telegramm erhalten

habe, die ungehinderte Ausbentung der Saargruben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unverzüglich wieder herbeizuführen. Zu

Rechtlich bedeute die Verordnung einen Verstoß gegen den § 12 der Anlage zum Friedensvertrage, der die Rechte der Arbeiter als unantastbar erklärt. Ihre Begründung durch den § 30 ist hinfällig, da die Ruhe nicht gestört war und außerdem den Landesrat nicht gehört wurde.

Zentrumspartei und Saarregierung.

Der Ausschuß der Zentrumspartei des Saargebietes hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Zentrumspartei des Saargebietes erklärt, daß für sie heute die Voraussetzungen entfallen sind, unter denen sie seinerzeit die Aufnahme von Parteimitgliedern in die Regierung in Vorschlag gebracht hat, und daß sie daher die infolge ihres Vorschlages ernannten Mitglieder der Regierung nicht mehr als ihre offiziellen Vertreter ansieht. Ueber die Amtstätigkeit und politische Überzeugung der betreffenden Herren soll damit kein Urteil gefällt werden.“

Die Zentrumspartei als die größte Partei des Saargebietes hat damit den notwendigen Schnitt zwischen sich und der Saarregierung gemacht. Hoffentlich tun die übrigen Parteien ein gleiches.

Einen dankenswerten Beschluß

hat die Freie Bauernschaft, Kreisverband Saarbrücken, gefaßt. Sie beschloß einstimmig, ihren Mitgliedern zu empfehlen, bei den kommenden Kommunalwahlen nicht die Liste der Grund- und Hausbesitzerpartei, die sich in deutscher Beziehung als unangenehm erwiesen hat, sondern die Listen der Zentrumspartei und der Liberalen Volkspartei zu wählen.

Kleine Tageschronik.

Die erste christliche Kulturstätte des Saargebietes.

Der Bericht 1 des Konservators der geschichtlichen Denkmäler im Saargebiet, der soeben erschienen ist, behandelt u. a. die Ausgrabungen und Funde im Rasbruch bei Neunkirchen und in der Heidenkapelle auf dem Halberg und enthält eine Beschreibung der Zufallsfunde, die während der Berichtszeit zur Kenntnis des Konservators gelangten. Als Ergebnis der Ausgrabungen im Rasbruch kann die Feststellung bezeichnet werden, daß im Rasbruch zur Kaiserzeit allem Anschein nach getöpfert worden ist, während durch die Untersuchung in der Heidenkapelle als erwiesen betrachtet werden kann, daß die Höhle im 4. nachchristlichen Jahrhundert als Mithreum gedient und nach der Zerstörung des Mithreums die erste christliche Kulturstätte des Saargebietes gebildet hat. Dem Bericht sind 16 Tafeln mit Abbildungen beigegeben, unter denen sich die Aufnahmezeichnungen der Jungfernstiege und der Heidenkapelle befinden.

Saarbrücken. In neuen Rathaus wurde eine Gedenktafel für die im Kriege gefallenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter eingeweiht. In der Gedächtnisrede hob Herr Bürgermeister Dr. Reites hervor, daß die Gefallenen gestorben wären in dem Glauben an eine bessere Zukunft der Heimat. Wir mühten nach Kräften ihre Hoffnung wahrzuhaben. Die Gedenktafel steht im mittleren Rathausflur rechts von der Freitreppe. Auf derselben sind die Namen von 64 gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeitern verzeichnet. Die Kosten für die Errichtung der Tafel wurden aus freiwilligen Spenden der Beamten, Angestellten und Arbeiter aufgebracht. — Die neuen Glocken für die St. Anna'ser Stiftskirche wurden, nachdem sie von bei der Firma Bernhard Seibert beschäftigten Gemeindegliedern freiwillig nach Feierabend montiert worden waren, in festlichem Gottesdienst geweiht. Sie erhielten die Namen: Jesuglocke, Heilenglocke und Friedensglocke. — Die zulässige Höchstmiets für Mietmieten beträgt für Monat Mai 1923 das 932 fache der Friedensmiete. Das Schwedische Rote Kreuz (das sich schon große Verdienste um die Verrichtung der Kinderernte in ganz Deutschland erworben hat) hat durch unentgeltliche Ueberweisung von Lebensmitteln die Verrichtung einer kräftigen Mahlzeit an etwa 200 unterernährte Saarbrücker Kinder für eine Anzahl Wochen ermöglicht. Die Speisung wurde mit einer kleinen Feier in der Herberge zur Heimat begonnen, wobei der städtische Wohlfahrtsdeputierte, Beigeordneter Dr. Rühling, Mitteilung über die Art der Auswahl der für die Speisung in Frage kommenden Kinder machte und den wärmsten Dank der Stadt an die schwedischen Wohltäter zum Ausdruck brachte. Auch die Stadt Saarbrücken hat zur Ermöglichung und Durchführung der Speisung auch ihrerseits Mittel zur Verfügung gestellt.

Dudweiler (Saar). Die Buchdruckerei Unterkeller (Verlag der „Dudweiler Zeitung“) ging in den Besitz des Kaufmanns Friedrich Blantenburg über. — Der „brennende Berg“, der alljährlich von vielen Tausenden besucht wird, bietet, wie Dr. Specht schreibt, ein Bild wüster Zerstörung und Unordnung. Gleich am Eingang in die Schlucht ist ein tiefes Loch gegraben (Kohlenfuchel), der ganze Weg durch die Schlucht ist mit diesen Steinen, Holz und Schutt derart verlegt, daß er kaum begehbar ist. Die Felsen, aus deren Spalten die heißen Dämpfe aufsteigen, sind teilweise mit Schutthaufen überdeckt und über den Felsen sieht es aus, als wenn ein regelrechter Steinbruch im Betrieb wäre. Die herabfallenden, zum Teil recht umfangreichen Steine drohen das ganze Landschaftsbild zu zerstören. Dr. Specht fordert, daß der weiteren Zerstörung und Verschandelung des Landschaftsbildes mit allen Mitteln entgegengearbeitet wird.

Sulzbach. Vor etwa einem Jahre wurde hinter dem Gaswerk zwischen dem Sulzbach und der Landstraße nach Dudweiler ein ansehnliches Stück Wald abgeholzt, damit auf dem Gelände Neubauten errichtet werden könnten. Da die Grubenverwaltung aber keine Garantie für etwaige Grubenschäden übernahm, unterblieb das Bauen. Nun ist das Bau Gelände doch an Interessenten abgegeben worden, die dort Blockhausbauten zu errichten gedenken, da diese nicht so sehr den Einflüssen der Grubensenkungen unterworfen sind. — Das Hotel „Zur Post“ ist durch Kauf in den Besitz des Wirtes Ernst Baumüller übergegangen.

Willingen. Gelegentlich des hier abgehaltenen 40 jährigen Jubiläums des Gesangsvereins „Flora“ wurde der beiden Veteranen des Vereins, Ludwig Reichert mit 51 und Georg Meyer mit 50 aktiven Sängerjahren, gedacht.

Willingen. Auf unserem Ehrenfriedhof, wo von unseren ehemaligen Gegnern, Italiener, Russen und Franzosen, zur irdischen Ruhe gebettet waren, sind letztere ausgegraben und nach Frankreich zur Wiederbestattung verbracht worden. Es handelt sich um sechs; fünf davon sind nach dem gemeinsamen Militärfriedhof Saarburg (Lothringen) überführt, und einer, ein Kapitän, ist schon vor längerer Zeit wunschgemäß nach seiner engeren Heimat Paris verbracht worden.

Ensdorf. Während des Streiks wurde bekanntlich der Bergmann J. Beding von einem Streikbrecher mit einem Hammer niedergeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Nach wochenlangen qualvollen Leiden ist der Bedauernswerte jetzt gestorben. Beding stand in den 30er Jahren, war verheiratet und hinterläßt Frau und ein Kind.

Franklaun. Ein Angriff wurde abends von einem Fabrikarbeiter in der Nähe des Bahnhofes auf zwei Frauen verübt. Ein Gewerkschaftsbeamter eilte zu Hilfe und befreite die Ueberfallenen aus ihrer bedrängten Lage. Der Wüstling konnte festgenommen werden.

Wabern. Auf der Eisenbahnstrecke Büschfeld-Wabern, die bis jetzt immer noch vom Personal der deutschen Reichsbahn verwaltet wurde, ist jetzt wegen Besetzung der Franzosen der gesamte Zugverkehr eingestellt worden. Die Züge verkehren nur noch bis und von Limbach (Kreis Saarlouis).

Saarlouis. Am 25. April, nachmittags, wurde von dem 16 jährigen (11) Paul Minor in Wallersangen ein junger Mann namens Weidung vom Baum herunter erschossen. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Töblich verunglückt ist hier ein Monteur namens Finger, der an der Kobener Schanze an der Hochspannungsleitung arbeitete. Er war im Begriff, einen Ast abzuhauen, der beim Herunterfallen mit den Drähten in Berührung kam. Der Schlag, den F. erlitt, wirkte sofort tödlich.

Dieffen. Vom elektrischen Strom getötet wurde hier der 21 jährige Maurergehilfe P. Göbel aus Uersfeld in der Eifel. Bei der Aufrihtung eines Gerüsts kam der junge Mann mit der elektrischen Leitung in Berührung und wurde sofort getötet.

Merzig. Eine Reihe von Neubauten werden im hiesigen Kreise errichtet werden, insgesamt 34 Doppelhäuser mit zwei bis vier Wohnungen. — Die Arbeiten für den projektierten neuen Zollbahnhof, die bereits vor einigen Wochen in Angriff genommen wurden, sind jetzt vorläufig wieder eingestellt worden. Der Grund der Einstellung entzieht sich unserer Kenntnis. — Der Stand der Weinberge hier auf dem Kreuzberg usw. ist in diesem Jahre nicht so günstig. Die Nachtfröste, die nachstehende Witterung sowie auch der vor einigen Wochen eingetretene Hagel haben die Blüte sehr beeinträchtigt. Die meisten Reben haben nur einzelne Blüten aufzuweisen.

Kosheim. Auf eine Wildererbande stieß ein Jagdpächter im Distrikte Harscheid, als er auf einem Wirschgang begriffen war. Zwei der Wilderer ließen sich stellen und gaben ihre Gewehre ab. Die anderen nahmen schleunigst Reißaus, doch sind die Personallen festgestellt und Anzeige erstattet.

Neunkirchen. Der in den fünfziger Jahren lebende Fuhrknecht August Bousenderfer von hier hat auf amtlichem Wege aus Paris den Bescheid erhalten, daß ihm ein mehrere Millionen Franken betragendes Erbe, das sein Großvater, ein Pelawarenfabrikant in der Seinstadt, hinterlassen hat, zugesprochen ist. Bousenderfer ist nun mit den erforderlichen Auswespapieren in Begleitung eines Rechtskundigen und eines Dolmetschers nach Paris abgereist, um dort die Hinterlassenschaft mit noch einer Schwester von ihm anzutreten.

Münchweiler. Der Bergmann Peter Holzer von hier ist auf der Grube Verbach durch Herabschlag, anscheinend an den Folgen einer Ueberanstrengung, gestorben.

St. Wendel. Ein frecher Einbruch wurde hier in der Wendelinuskapelle und in der Kapelle am Missionshausweg verübt. Die Opferstücke beider Kapellen wurden mit einer Hacke zertrümmert und ihres Inhalts beraubt.

Eppelborn. Mehrere große Abschiedsfeiern veranstaltete die hiesige Bürgerschaft, insbesondere die Bergarbeiter, ihrem Scheidenden Knappschaftsarzt Dr. Bartisch, der nach 18 jähriger segensreicher Tätigkeit nun in seinen neuen Wirkungskreis Neben übersiedelt.

Wieselskirchen. Ein lobenswerter Versammlungsbeschuß kam innerhalb der „Musikvereinigung Harmonie“ dadurch zustande, daß hinfert beim Ableben eines Mitalliedes von den übrigen Mitalliedern je ein Franken erhoben und der durch diese Erhebung sich ergebende Betrag insgesamt den Hinterbliebenen des verstorbenen Mitalliedes behändigt wird.

St. Ingbert. Ein tödlicher Unfall ereignete sich im nahen Rohrbach. Die 78 jährige Witwe Stubn wurde in einem Hofe von einer plötzlich einflüchtenden Mauer erschlagen.

Aus der Pfalz. Vom Hilfsbund der Rheinpfälzer in Neuport ist abermals eine große Spende für die Pfalz eingetroffen. Es handelt sich um 6 Millionen Mark, die an alle bedürftigen Leute verteilt werden sollen. — Mit Haftbefehl steckbrieflich verfolgt wird von der Staatsanwaltschaft Zweibrücken der 38 Jahre alte Kaufmann Otto Breller aus Zweibrücken, Teilhaber der Kohlen-großhandlung Geib. u. Breller, hier, der unter Zurücklassung von finanziellen Verpflichtungen in Höhe von etwa 70 Millionen Mark das Weite gesucht hat. Der Flüchtige wurde zuletzt in Frankfurt am Main gesehen, von wo seine Spur ins Saargebiet führte.

Personalnachrichten.

Großkaufmann Wilhelm Schmidt in Ottweiler ist am 24. Mai plötzlich verstorben. Er befand sich auf der Reise nach Badenweiler, wo er Erholung suchen wollte. Ein Herzschlag beendete vorzeitig diese Fahrt. Der Verstorbene war lange Jahre Beigeordneter und Stadtverordneter der Stadt Ottweiler, ferner gehörte er früher dem Kreisausschuß und Kreistag lange Jahre als Mitglied an, desgleichen dem Vorstand der Kreisparlasse und verschiedenen Kreiskommissionen. Stadt, Stadtverwaltung, Stadtverordnetenversammlung und Kreisausschuß widmen dem Verstorbenen dankbare Nachrufe. Unermüdlische Treue, Gewissenhaftigkeit, Freundlichkeit im Verkehr mit jedermann, eine seltene Arbeitskraft waren die schönen Tugenden, die den Heimgegangenen auszeichneten. Selbst als er schon kränkelte, brachte er es nicht übers Herz, sich von seiner nicht geringen Arbeit zu trennen und auch bis zu seinem Tode hat er stets noch gern der Stadt gedient, die ihm eine zweite Heimat geworden war.

Von der Eisenbahn. Zu Gütervorstehern wurden ernannt: Die Oberbahnassistenten Heiny, Herne, Böhr und Schindowsky bei der Güterabfertigung Neunkirchen; ferner wurden bei der Eisenbahnwerkstätte Neunkirchen ernannt: Vorsteher Dippe zum Amtmann, die Betriebswerkmeister Schollau zum Oberingenieur, Ulrich und Dietrich zu Ingenieuren.

Von der Post. Oberpostsekretär Bräuniger vom Postamt Dillingen wurde zum Postinspektor ernannt.

Aus der Justizverwaltung. Am Amtsgericht Neunkirchen wurden ernannt: Justizinspektor Rechnungsrat Brand und Justizobersekretär v. Zajackowski zu Gerichtsoberspektoren, Justizobersekretär Schu zum Gerichtsrentmeister, Kanzleiinspektor Schild zum Kanzleiobersekretär und Kanzleiasistent Kirst zum Kanzleisekretär.

Aus den Gemeindevverwaltungen. Zum Bürgermeister von Pöbach wurde der bisherige kommissarische Bürgermeister Graf ernannt. — Zum Oberamtmann ernannt wurde kommissarischer Bürgermeister Koll in Dillingen. Kreissekretär Benner in Merzig wurde der Titel Verwaltungs-Oberamtmann verliehen. Kreisbote Lehner in Merzig erhielt die Amtsbezeichnung Botenmeister.

Seinen 70. Geburtstag feierte Anfang Juni Semnarmusikdirektor und Liederkomponist Karl Beder, der früher in Ottweiler tätig war. Ein Mitsänger im Beder'schen Chor widmet dem 70jährigen in der „Saar- u. Bliesztg.“ einige Erinnerungszeilen, in welchen das erfolgreiche Bestreben des damals 30jährigen Beder gewürdigt wird, vor 40 Jahren Ottweiler zum Sammelplatz der tüchtigsten Gesangskräfte aus der näheren und weiteren Umgebung zu machen. Der Glanzpunkt aller musikalischen Aufführungen unter dem Dirigentenstab des 30jährigen Musiklehrers war der herrliche Verlauf des in Ottweiler in der Pfingstwoche 1883 abgehaltenen Mittelrheinischen Lehrergesangfestes. Seine in Ottweiler gemachten guten Erfahrungen und trefflichen Erfolge sind wohl sicher der Ansporn geworden, an dem neuen Wirkungsorte Neuwied noch recht viel Gediegenes und Großes zu schaffen.

Auf eine vierzigjährige Tätigkeit im Dienste der Gemeinde Sulzbach konnte in diesen Tagen der Gemeindevorsteher Jakob Klein zurückblicken. Aus diesem Anlaß versammelte Bürgermeister Barth die Vorgesetzten, den Arbeiterschuß und die Arbeitskollegen des Jubilars zu einer kleinen, aber herzlichsten Feier, bei welcher ihm seitens der Gemeinde eine Uhr überreicht wurde.

Berufsjubiläum. Auf eine 50-jährige Tätigkeit im Dienste der Hütte konnte der auf dem Walzwerk in Dillingen beschäftigte Joh. Seger zurückblicken. — **Auszeichnung.** Aus Anlaß seiner 50-jährigen Zugehörigkeit zur Feuerwehr und seiner hervorragenden Tätigkeit während der Fliegerangriffe zur Zeit des Krieges wurde dem Oberbrandmeister August Meiser von der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft das silberne Rettungsabzeichen verliehen.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten am Pfingstsonntag in aller Stille die Eheleute Georg Huhong und Luise geb. Koll in Rirtel. Leider war es durch die Besetzung zweier der Söhne nicht vergönnt, an der Feier teilzunehmen. 3 Söhne und 5 Töchter mit 29 Enkel und 1 Urenkel sind aus der glücklichen Ehe hervorgegangen. Das Jubelpaar steht im Alter von 72 bzw. 70 Lebensjahren. Beide sind noch sehr rüstig und Herr Huhong fährt noch jeden Morgen um 5 Uhr nach St. Ingbert zur Arbeit, woselbst er vor zwei Jahren ebenfalls das 50-jährige Arbeitsjubiläum feiern konnte. Mögen dem Jubelpaar noch einige Jahre des Glückes beschieden sein, daß sie die Zeit noch erleben, wo ihre Kinder ohne Paß und ohne Gefahr wieder heim dürfen in die teure deutsche Pfalz, in das deutsche Elternhaus.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Matthias Bell in Fischbach. An Nachkommen haben die Jubilare 12 Kinder, wovon fünf noch unter den Lebenden weilen, 23 Enkel und 3 Urenkel. Das Ehepaar erfreut sich noch der vollen Gesundheit und Rüstigkeit.

Schule und Kirche.

Der neuernannte Pfarrer der Pfarrei Herz-Jesu in Burbach, Pastor Naak, wurde am letzten Pfingstsonntag in feierlicher Weise eingeführt. Die kirchliche Einführung vollzog Dechant Prälat Ebelmeyer im Auftrage des Herrn Bischofs.

Eine **Wissensausstellung** fand in der Turnhalle am Sandwehrtplatz statt, die sich sehr regen Besuches zu erfreuen hatte.

Die ungünstigen **Schulverhältnisse** im Bliestal werden in einer Notiz der „Saarbr. Ztg.“ besprochen. Es heißt darin u. a.: Der Besuch höherer Schulen war für die Kinder des Bliestales schon immer schwierig. Nichtig aber sind in der letzten Zeit die Verhältnisse geworden. Die Schüler können nur noch bis Einbafahren, müssen zu Fuß nach Zweibrücken wandern und kommen oftmals durchnäßt und mit großer Verspätung im Unterrichte an. Die Folgen dieser Misere kann sich jeder ausdenken. Eine Orientierung nach Saarbrücken ist der hohen Kosten wegen für minderbemittelte Eltern ganz und gar ausgeschlossen. Solange in Bliestal keine Möglichkeit zum Besuch höherer Schulen geboten ist, bleibt Zweibrücken für die Bewohner des Bliestals der einzige Ausweg. Wer nimmt sich der Bewohner des Bliestals in dieser Sache an?

Zum **hauptaamtlichen Leiter** der gewerblichen Fortbildungsschule Homburg wurde der bisherige städtische Oberlehrer Wilhelm Pfersdorff vorgeschlagen und bestätigt.

Kaplan Rau in Merzig ist als Vertreter des erkrankten Pfarrers nach Saarburg verlegt.

Pfarrerereinführung. Am Pfingstmontag wurde der neue Pfarrer für die Marienpfarre in Roden (Saarlouis 2), Pastor Jund, bisher in Arzfeld im Kreise Prüm, feierlich eingeführt.

Aus der Schulverwaltung. Die Studienassessoren an der Landesstudienanstalt St. Wendel Wein und Palz wurden zu Studienräten ernannt; der stellvertretende Direktor der Anstalt, Herr Spindeler, erhielt bei der Durchführung der neuen Besoldungsordnung den Titel „Studienprofessor“. — **Lehren Szliska**, Kohlhof, ist zum Rektor an der katholischen Schule in Epiesen ernannt worden, ebenso Lehrer Stöck-Schlauerie zum Schulleiter der dortigen katholischen Schule.

Die **technischen Erbenbeamten** faßten in einer stark besuchten Versammlung eine Entschlieung, in der sie die Erwartung aussprachen, daß die Generaldirektion die bei der Uebergabe schriftlich zugesagte Koalitionsfreiheit auch weiterhin beachtet, die Beamten nur nach ihrer Pfllichterfüllung und nicht nach Organisationszugehörigkeit gerecht behandelt und über die Wünsche und Forderungen der technischen Beamten und Angestellten mit den beruflichen Organisationsvertretern verhandelt. Sie legen Verwahrung dagegen ein, daß einzelne moralisch und dienstlich gering qualifizierte Beamten mit Drohungen und Versprechungen für den Saarbund arbeiten und sich dabei Rechte anmaßen, welche nur der Direktion zustehen. Die Versammlung ersuchte ferner dringend um die Anstellung der noch aus dem Jahrgang 1921 vorhandenen Bergkühler sowie um die Anstellung des Jahrganges 1922. Eine Zugehörigkeit zu dem „Saarbund“ hält die Versammlung mit der Standesehre und der Eigenschaft als aufrechter Angestellter und Beamter unvereinbar.

Sport.

Die **Turnerjugend** an der Saar gab sich am vorletzten Sonntag bei prächtigem Wetter in Bülkingen ein Stelldichein mit Sang und Klang, Festgottesdienst, Reigen und Wettkämpfen.

Um 410 Uhr nahm der Gauvertreter des Bliessgaues Büttner aus Neunkirchen mit eindrucksvollen Worten die Weihe des neuen Wimpel vor. 56 Wimpel flatterten im Winde, von denen ein Teil bereits auf dem vorjährigen Jugendtag in Weimar geweiht worden war. An dem Umzug beteiligten sich über 70 Vereine mit etwa 5000 Jugendlichen. Nach der Rückkehr auf den Platz hielt der erste Vorsitzende des Saar-Bliessgaues, Herr Burk, eine begeisterte Ansprache. Er verglich die heutige Erniedrigung Deutschlands mit derjenigen zur Zeit des Turnvaters Jahn, aber so wenig wie dieser dürften auch wir heute die Hoffnung nicht sinken lassen, die Hoffnung, die in erster Linie auf die Jugend blickt. Es folgten dann Geräteturnen, Turnspiele, Tauziehen, Reigen und Volkstänze, Freiübungen usw.

38. Gauturnfest des Saar-Bliessgaues der D. T. Am 16. und 17. Juni findet das diesjährige Gauturnfest des Saar-Bliessgaues in Malsatt statt. Zur Abhaltung der turnerischen Veranstaltungen ist der allbekannte Platz im Stadtpart Ludwigsberg vorgesehen.

Gymnasiallehrer Herfurth ist im hohen Alter in Birkenfeld gestorben. Als langjähriger Gauvertreter des Nahe-Idartalgauers der Deutschen Turnerschaft, an der er mit seltener Begeisterung hing, erwarb sich Herfurth hohe Verdienste um die Allgemeinheit.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

§ Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Magdeburg und Umgebung nennt sich die am Dienstag, dem 29. Mai, in Magdeburg gegründete jüngste Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“. Nachdem schon im Jahre 1920 in Schönebeck a. d. Elbe dank den Bemühungen unseres Landsmannes, Direktors Wilhelm Klein in Schönebeck a. d. Elbe eine Ortsgruppe gegründet worden war, welche an der Durchführung der Aufgaben, die sich der Bund „Saar-Verein“ gestellt hat, regen Anteil genommen hat, ist es wiederum ein Landsmann, und zwar der in Saarbrücken und im Saargebiet in hohem Ansehen stehende und allgemein beliebte Rechtsanwalt Giersberg, welcher von der Regierungskommission des Saargebietes seinerzeit ausgewiesen worden ist und dann keine Praxis und Wohnsitz nach Magdeburg verlegt hat, dem die Gründung der Magdeburger Ortsgruppe zu verdanken ist. Besonders freudig ist es aber zu begrüßen, daß in der Gründungswerksammlung der Vorsitzende der Ortsgruppe Schönebeck, Direktor Klein, die Erklärung abgeben konnte, daß die Mitglieder der Schönebecker Ortsgruppe sich geschlossen der „Ortsgruppe Magdeburg und Umgebung“ anschließen würden, um diese neue Ortsgruppe noch lebenskräftiger gestalten zu können, als es bisher bei der Schönebecker Ortsgruppe wegen der geringen Zahl der Saarländer möglich gewesen ist. Rechtsanwalt Giersberg leitete die Versammlung und eröffnete sie, indem er die zahlreich erschienenen Damen und Herren herzlich willkommen hieß. Er ging dann auf die Frage, weshalb die Gründung einer Ortsgruppe in Magdeburg im Interesse der Mitarbeit für die Deutscherhaltung des Saargebietes notwendig sei, näher ein, indem er besonders betonte, daß auch Magdeburg in der Reihe der zahlreichen Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“ nicht fehlen dürfe. Sodann erteilte er dem Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Verwaltungsdirektor Bogel, das Wort zu einem längeren Vortrag über die Entstehung und die Aufgaben des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Er wies auf den Kampf hin, den die treudeutsche Saarbevölkerung gegen die Verwesungsbestreben schon im fünften Jahr führen müsse. Der Kampf sei schwer und lang und müsse geführt werden gegen einen siegestrunkenen Gegner, der sich nicht einmal scheue, Lug und Trug und Gewaltmittel aller Art anzuwenden. Der Abwehrkampf müsse systematisch und planmäßig geführt werden, die Arbeit müsse einheitlich sein, wenn sie große Erfolge zeitigen soll. Der oberste Grundsatz der Arbeit des Bundes „Saar-Verein“ müsse sein: Stärkung des Saardeutschums, Förderung der kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, nationalen und bevölkerungsmäßigen Zusammenhänge mit dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland, Heranziehung des gesamten deutschen Volkes zu dieser Vaterlandsarbeit. Verwaltungsdirektor Bogel gab dann Winke und Anregungen für die Vereinsarbeit, durch welche dieses Ziel erreicht werden könne. Für alle deutschen Männer und Frauen gäbe es nur einen Wahlspruch: dem Saargebiet und seiner festdeutschen Bevölkerung Treue um Treue zu halten. Nachdem der Versammlungsleiter, Rechtsanwalt Giersberg, die Notwendigkeit der Gründung der Ortsgruppe Magdeburg dargelegt hatte und Direktor Klein, Schönebeck a. d. Elbe, diese Notwendigkeit noch unterstrichen hatte, wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden einstimmig gewählt zum 1. Vorsitzenden: Rechtsanwalt Giersberg-Magdeburg, 2. Vorsitzenden: Direktor W. Klein-Schönebeck a. d. Elbe, Schriftführer: Fräulein Pape-Magdeburg, Kassierer: Schreiner-Schönebeck a. d. Elbe, zu Beisitzern: Oberregierungsrat Bindewald-Magdeburg und Kaufmann Messert-Magdeburg. Als Versammlungslokal wurde der „Blaue Elefant“ bestimmt. Es wurde ferner beschlossen, zunächst jeden Dienstag der zweiten Woche des Monats, vorbehaltlich einer anderen Regelung, regelmäßige Zusammenkünfte abzuhalten.

Die Ortsgruppe München des Bundes „Saar-Verein“ hielt am 14. Mai 1923 im Bamberger Hof zu München eine außerordentliche Generalversammlung ab, die vom 2. Vorsitzenden, Herrn Johannes, eröffnet wurde. In Erledigung der Tagesordnung wurden zunächst verschiedene eingegangene Schreiben bekanntgegeben, darunter auch ein Brief des 1. Vorsitzenden Dr. Meyer, der wegen Arbeitsüberhäufung sein Fernbleiben von der Versammlung entschuldigte. Die Herren Maus und Kern wurden zur Erledigung des Punktes 2 (Entlastung des Vorstandes) für die Prüfung der Kasse bestimmt; die endgültige Erledigung dieses Punktes wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Verwaltungsdirektor Bogel gab darauf in einem kürzeren Vortrag sehr interessante Ausführungen über Entstehung, Entwicklung, Leistung und die noch sehr schwierigen Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“. Besonders verwies Herr Bogel auf die Bedeutung der Ortsgruppe München, deren intensive Mitarbeit ihm mehr als selbstverständlich erscheint. Darauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes, der sich nunmehr wie folgt zusammensetzt:

1. Vorsitzender: Herr Johannes, 2. Vorsitzender: Herr Bogel, Ludwig, 1. Schriftführer: Herr Poller, Ernst, 2. Schriftführer: Herr Schreiner, 1. Kassierer: Herr Karmann, Josef, 2. Kassierer: Herr Mautz, Beisitzer: Herr Dr. Schmitt, Studentenvertreter: Herr Louterborn und Herr Hell.

Ueber den Verlauf sowie das Programm des Münchener Turnfestes, insbesondere den Empfang der Saarländer Turner und den Münchener Saarturner-Abend gab Herr Weil in kurzen Umrissen die erforderliche Uebersicht. Am 13. Juli abends treffen etwa 4000 Turner aus dem Saargebiet in München ein, die am Bahnhof von der Ortsgruppe, Vertretern der Staatsregierung usw. empfangen werden. Abends um 8 Uhr findet dann der Empfang im Rahmen des Münchener Saarturnerabends im großen Saal des Männerturnvereins 1870 in der Häberstraße 11 statt. Zur Durchführung der Vereinsarbeit wurde ein Antrag angenommen, wonach Mitglied der Ortsgruppe jeder Deutsche werden kann. Ueber Aufnahme oder Ablehnung entscheidet der Vorstand. Herr Louterborn gab das Protokoll der letzten Studentensammlung bekannt; künftig sollen die Angelegenheiten der Studentengruppe durch die Studentenvertreter in den Ausschüssen erledigt werden. Der Mitgliederbeitrag für ein Jahr wurde auf die Mindestsumme von 200 M. festgesetzt, für außerordentliche Beiträge sind keine Grenzen gezogen.

Die Berliner Burschenschaft „Saravia“, welche im Jahre 1872 von Saarbrücker Studenten der Technischen Hochschule gegründet worden ist, feierte vom 8. bis 10. Juni das 51. Stiftungsfest, zu welchem der Bund und die Geschäftsstelle Saar-Verein eingeladen worden war. Auf der am Sonnabend, den 9. Juni, in den Räumen der Burschenschaft (Elbstr. 39) stattgehabten Festkneipe mit Landesvater überbrachte Verwaltungsdirektor Bogel-Berlin, welcher mit Herrn Ingenieur Labé-Berlin als Vertreter des Bundes Saar-Verein und der Ortsgruppe Berlin erschienen war, die Glückwünsche seiner Landsleute in einer längeren Ansprache. Er wies auf die guten Beziehungen hin, die schon seit langem zwischen der Burschenschaft „Saravia“ und der Geschäftsstelle und der Ortsgruppe Berlin des Bundes „Saar-Verein“ bestehen. Er schilderte dann in kurzen Worten die vorbildliche, treudeutsche Haltung der Bevölkerung an der Saar in ihrem schweren Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebietes mit dem Gelöbnis unentwegter Treue zu Preußen und dem Deutschen Reiche. Mit dem Wunsche, daß die gegenseitigen Beziehungen zwischen Saar-Verein und „Saravia“ stets will bisher die besten sein mögen, rief er der „Saravia“ ein herzliches „vivat, crescat, floreat“ zu.

Rhein, Ruhr und Saar. Am 15. Mai fand in der Aula der staatlichen Augusta-Schule in Berlin eine vom Evangelischen Bund veranstaltete Rundgebung für Ruhr, Rhein und Saar statt. Der Leiter der Veranstaltung, Pfarrer Müller, betonte die gemeinschaftlichen Aufgaben in der Arbeit für Rhein, Ruhr und Saar. Für den Abend hatten sich der Lautensänger Bartusche!, eine Rezitatorin und Herr Ommert vom „Saarverein“ zur Verfügung gestellt. An der Hand wohlgelegener Lichtbilder zeichnete Herr Ommert ein anschauliches Bild von Rhein, Ruhr und Saar, er kennzeichnete, was uns diese Gebiete sind und was es bedeutete, wenn wir sie verlieren würden. Für ihre Deutscherhaltung darf uns kein Opfer zu groß sein.

Unterstützung notleidender pensionierter Bergleute im Saargebiet.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat sich in einer längeren Eingabe an den deutschen Grenzmarkenschuverband gewandt, um seine Aufmerksamkeit auf die Not der pensionierten Bergleute im Saargebiet zu lenken, mit der gleichzeitigen Bitte, durch Bereitstellung reichlicher Mittel Abhilfe schaffen zu wollen.

In der Eingabe heißt es u. a.: „Immer höher steigt im Saargebiet die Teuerung; alle Bedarfsartikel müssen infolge der nunmehr verfügbaren Frankenwährung in Franken bezahlt werden. Immer stärker und drückender wird damit die Not der pensionierten Bergleute, deren so überaus lärgliches Einkommen zum Leben zu wenig und auch zum Sterben nicht mehr hinreichend ist. Oft müssen solche pensionierten Bergleute, die ihre Kraft in vergangenen Jahren der Bergarbeit zur Verfügung gestellt haben, mit Frau und Kindern hungern und darben, da die Pension nicht einmal zur Beschaffung des unbedingt nötigen Lebensunterhaltes reicht. Woher aber soll dann noch Geld genommen werden für Kleider, Schuhe und sonstige unabwendbare Bedürfnisse? In einem in Saarbrücker Zeitungen veröffentlichten Notruf, der ungefähr Vorstehendes zum Ausdruck brachte, haben sich pensionierte Bergleute an die Gewerkschaften, denen sie angehören, gewandt mit der Bitte, alle Kraft einzusetzen dafür, daß doch wenigstens etwas für sie geschieht, damit sie nicht der Verzweiflung anheimfallen. Wir erachten es für unsere Pflicht, unsererseits den Bund der deutschen Grenzschutz-Verbände auf diese besondere Notlage aufmerksam zu machen, und geben uns der Hoffnung hin, daß auch dort Mittel und Wege gefunden werden, diese Not zu lindern.“

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzervereins, e. V.)

Vereinsadresse u. Schriftführer: Fritz Müller (Stephan 100), Berlin-Schlachberg, Eissenacher Str. 36. / Vorsitz: Sanftmutter Karl Graenget (Häro: Jendr. 9120-22, Privat: Wilhelm 2361) Charlottenburg, Esplanadestraße 7. / Kasse u. Postkassentante Berlin 19091: Sanftmutter Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Postfängerstraße 16. Familienabende: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 100, a. d. Weidendammer Brücke. / Zeitungsbeihilfen: H. Dorf, Carl Maria Müller, (Moabit 104), H. 5, Gellertstraße 104.

Pfälzer Wanderlied.*

Dem Verein der Pfälzer in Berlin gewidmet
von Carl Maria.

- ..: Das Trinken ist des Pfälzers Lust, ..:
Das Trinken!
Das kann kein echter Pfälzer sein,
..: Der nicht gern trinkt sein Schoppen Wein, ..:
Sein Schoppen Wein!
- ..: Vom Vater haben wir's gelernt, ..:
Vom Vater!
Ob Bier, ob Wein, das war im Wirt.
..: Er hatte stets gefunden Durst, ..:
Gesunden Durst!
- ..: Das Lieben ist des Pfälzers Lust, ..:
Das Lieben!
Das müßt' kein rechter Pfälzer sein,
..: Der nicht geküßt manch' Mädchelein, ..:
Manch' Mädchelein!
- ..: Die Mutter hat's uns ja gelehrt, ..:
Die Mutter!
Denn hätt' sie keinen Schak gehabt,
..: Hätt' uns doch nicht der Storch geknappt, ..:
Der Storch geknappt!
- ..: Das Singen ist des Pfälzers Lust, ..:
Das Singen!
Das müßt' ein „Pfälzer Kröscher“ sein,
..: Der nicht gern singt bei Wein und Wein, ..:
Bei Wein und Wein!
- ..: „Wein“, „Weib“, „Gesang“, ich bleib' euch treu, ..:
Wein, Weib, Gesang!
Und geh' ich einst zur letzten Ruh,
..: Ruf ich noch: Welt, wie schön warst du, ..:
Ja schön warst du!

(Alle hier erschienenen Lieder sind bei Wanderungen und Vereinsabenden stets mitzubringen.)

Vereinsnachrichten.

Unsere Familienabende, genannt Monatsversammlungen, jeden 1. Freitag im Monat, erfreuen sich steigender Beliebtheit. Auch der verflossene war wieder gut besucht von Jung und Alt, namentlich dem prächtigen Mittelalter, dem der Schelm im Raden sitzt. Wohl fehlten einige gewohnte Gesichter der Stammgäste, aber sie wurden gut ersetzt durch eine ganze Anzahl von Neulingen, denen es anscheinend ganz gut gefallen hat. Dank gebührt Mitglied Rothaar und einem eingeführten Geigenkünstler für beider Vorträge, welche sehr dankbar aufgenommen wurden. Alles in allem ein gutes Zeichen, daß sich die Verbindungen unter den Mitgliedern immer enger und herzlicher gestalten.

Mitgliederzugang im Mai 1923:

28. Kaufmann Eduard Gerhard, SO. 36, Kieffholzstraße 402 (Vater aus Bad Dürkheim).
29. Frä. Helene Meßger, Schwester im A. Virchow-Krankenhaus, N. 65, Augustenburger Platz (Speyer).
30. Kaufmann Herm. Müller, Major a. D., Wilmersdorf, Regensburger Straße 21 (Kaiserslautern).
31. Gust. Oberländer, Inhaber der Firma Dt. Kolonialhaus Bruno Antelmann Nachf., W., Landshuter Straße 4 (Kaiserslautern).
32. Kaufmann Phil. Rönne, Halensee, Joh.-Georg-Straße 23 (Bad Dürkheim).
33. Ministerialamtmann Heinz. Volkmann, Potsdam, Waisenstraße 60 (Stambach, Bez.-A. Zweibrücken).

* Nachdruck unter Quellenangabe und Bezug an den Verein der Pfälzer in Berlin gern gestattet.

Mr. Vor geladenem Kreise wurde am 25. Mai 1923 im Herrenhause Leipziger Straße 3, von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur die Ausstellung „Ruhr und Rhein im Abwehrkampf“ feierlich eröffnet. Die zahlreichen Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, landmannschaftlichen Vereinigungen, in- und ausländischen Pressevertreter begrüßte in seiner Eröffnungsansprache Herr Dr. vom Berg. Ihm schloß sich Herr Studienrat Dr. Hengstenberg an, welcher für die landmannschaftlichen Vereine, Reichsverband der Rheinländer, Saar-Verein und die Landmannschaften von Eupen-Malmedy sprach. In fernigen, von unendlicher Heimatliebe zeugenden Worten sprach Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg. Er schilderte die Not und die Zustände im besetzten Gebiet, insbesondere im neu besetzten Ruhrgebiet. An Hand eines guten Zahlenmaterials schilderte er die traurigen Zustände, die seit der Besetzung durch die Franzosen eingetreten sind. Obwohl amtlicherseits über die Verbrechen keine Statistik bisher zusammengestellt werden konnte, war es Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres dennoch möglich, zuverlässige Zahlen zu erhalten, die allerdings nicht nach oben hin begrenzt sind. An Freiheitsstrafen wurden insgesamt über 600 Jahre und an Geldstrafen über 2 Milliarden Mark verhängt. Über 50 000 Menschen sind aus der Heimat unter brutalster Behandlung vertrieben worden. Die politischen Gefangenen wurden wie gemeine Verbrecher behandelt. Er fordert von den im unbesetzten Gebiet lebenden Deutschen mehr Gefühl, Anteilnahme und praktische Betätigung als bisher. Jeder muß sein Bestes für das besetzte Gebiet tun.

Ein Rundgang durch die mit statistischem Material, Propagandabildern, Photographien und Plakatzeichnungen ausgestattete Ausstellung beschloß die Eröffnungsfeier.

Wenn wir auch gewöhnt sind, daß die Pfalz selten oder nie im Zusammenhang mit der Rhein-, Ruhr- und Saarfrage genannt wird, so berührt es uns doch immer peinlich, wenn bei derartigen Anlässen nicht genug auf die zum mindesten gleichen Leiden der Pfalz hingewiesen wird. Die Pfalz, die in den Jahrhunderten wiederholt die Besetzung durch den Erbfeind erleben mußte, ist der Capfeiler Deutschlands im Südwesten. Fällt die Pfalz, fallen mit ihr unbedingt die Rheinlande und das Saarland für immer verloren.

Auch auf der Ausstellung vermißten wir mehr Material über die Pfalz selbst; das geeignete Material ist nicht erschöpfend genug. Der Verein hat sich daher veranlaßt gesehen, aus seinen Beständen Dokumente über die Pfalz der Liga anzubieten, damit die Ausstellung dadurch vervollkommenet wird.

Unsere Landsleute aber bitten wir dringend, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuwirken, daß aus dem Dreiklang „Rhein, Ruhr und Saar“, den der unermüdete Saar-Verein durchgesetzt hat, ein Vierklang geschaffen wird, der dem ränberischen Einbruchsgefehl noch Jahrzehnte in den Ohren gellen soll:

Rhein und Saar,
Ruhr und Pfalz,
Deutsch immerdar —
Gott erhalte's!

Johannisfeier. Unsere diesjährige Sonnenwendfeier findet am Samstag, den 30. Juni, in althergebrachter Weise bei unserem Mitglied Breß in Oberschöneweide, Waidstraße 73/74 (Restaurant „Im Krug zum grünen Kranze“), statt. — Gäste werden erwartet, weshalb es geboten erscheint, daß seitens unserer Mitglieder ein guter und zeitiger Besuch aufzuweisen ist. Für geistige Unterhaltung ist gesorgt. Beginn 7 Uhr abends, Ende nach Belieben. Fahrverbindung: Stadtbahn bis Sadowa, von da 20 Minuten Spaziergang durch das Wäldchen; oder bis Niederschöneweide und von da 25 Minuten zu Fuß bzw. mit Straßenbahn bis Kaiserstraße; oder durch die Leipziger Straße mit Linie 178 bis Kaiserstraße.

Nächste Vorstandssitzung: Samstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Krug zum grünen Kranze“, Oberschöneweide.

Nächster Familienabend: Freitag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Hotel Atlas“ an der Weidendammer Brücke. — Die Stammgäste werden gebeten, den neuen Mitgliedern und Gästen herzlich zeitiger zu erscheinen.

VII. Progr. Wanderung. Sonntag, d. 2. Juli 1922, Seddin
— Beeli. Führer: Kiefer und Maier. Ab Charlottenburg
9.25 Uhr (ab Wannseebahnhof 8.40, Wannsee umfahrend), an
Seddin (Bahnhof) 10.30 Uhr, durch prächtigen Eichenwald über
H. Runersdorf nach Restaurant Jägerhof am Seddiner See 11 Uhr
(Frühstück, gutes Haus, Seeterrasse, Kleckbrücke, Mühl), Ab-
marsch 12 Uhr durch Dorf Seddin zum Teufelsee, 1 Uhr Waldrausch
(Badeanzug und Sonnenhut mitbringen, Niederbühler raus). Dann
weiter nach Krobshof, 2 1/2 Uhr Kaffeerast (Gasthaus zur alten
Försterei, Mar. Blumke). Schluß Bahnhof Beeli-Heilstätten
5.38 Uhr. — Insgesamt 4 Stunden. — Bequeme Wanderung.

Neues vom Leon. Leon ist bekannt als wichtig, kann aber auch
sehr massiv werden. Als ihn sein Freund Maier fragt: „Sag
mal Leon was ist eigentlich „Nichts“, gibt er zur Antwort: „Du
kamel, nitz ich nitz. Nitz ich a Plach mit ohne Glas und wu
kann Schötter druff ich.“ — Wie er jüngst in Spandau im
Kascheller „Kabelkordier“, bekam er Krach mit dem Ober, und
wie dieser gerade wieder langsam, ganz langsam an ihm vorbeis-
katscht, rief er ihm zu: „Sie Herr Ober, gehne Sie nie in de Zolo-
gische Gasse, dann wann do die Schildkrot an Ihne vorbeirast,
wären Sie schwindelhaft!“

Wie er neulich in Schmiedewitz mit seiner Maria Krach bekam,
weil sie ihn auch gar zu eifrig behandelt hat, ließ er auf und
davon. Seine Freunde wollten ihn festhalten, aber er rief ihnen
zu: „Nitz ich, heunt steht sie mich nimm.“ Fort war er und
Wort hielt er. — Glöckschlag 12 Uhr und 1 Minute kam er in
der Nacht nach Haus, gerade wie der „neue Tag“ angebrochen war.

In derselben Nacht weckt ihn seine Frau und ruft schreien-
dend: „Leon, Leon! Unter unserem Bett höre ich einen Ein-
brecher knarzen.“ „Loff'n norre ruhig schlofe, Maria,“ gibt er
zur Antwort, „wann morgen früh uffwacht, wärn mer ihm die
Nachmung fors Nachlogis schon präsendiere.“

Schon als kleiner Bub war er ein Original. Als ihm einmal
seine Mutter sagt: „Ja, ja, Leonsche, du bist grad um Mitter-
nacht geboren,“ fragte er sie ganz erstaunt: „Ja, Mutter, how ich
dann so lang uff bleibe dürfe?“

Lehtin hat ihn ein Schumann erwählt. Im Bülowplatz
war's. Steht da, in der einen Hand eine Wölfe, in der anderen
eine Gitarre, im Gesicht die blaue Brille seines Schwagers und
sammelt Liebesgaben für seine notleidende Familie ohne Be-
rechtigungsschein. — Sagt der Schumann: „Begleiten Sie mich,“
sagt er ganz höflich, ganz gegen seine Gewohnheit: „Awwer
recht gären, Herr Nachmischter, was wolle Sie dann singe?“

Und als ihn Fräulein Lisbeth M. einmal frag: „Warum
trage Sie dann eigentlich Spore, wu Sie doch garnit reite,“ stellt
er grob die Gegenfrage: „Warum trage Sie dann Feddere uff
Ihr'm Hut, un lege doch ka Eier?“

Das Neueste aber, das er sich geleistet hat, ist ein satirisches
Trauerspiel für beliebig viele Personen unter dem Titel „M
Franke Frih seinere Fraa ihr Spinnweb — e
Schitt zum Schabbache in Am Uffzug“ im Selbstverlag des Ver-
fassers. Mehr dürfen wir heute nicht verraten, das muß er
selbst tun.

Die Geduld. — Eins unserer rührigsten und trankfestesten
Mitglieder aus Bad Dürkheim wurde von einer neuen Krankheit,
„Der Geldsucht“, befallen, die sich vornehmlich darin äußert,
daß er jeden Zeitungsredakteur rufen will und hartnäckig auch
seinen besten Freunden seinen Weinkeller verschließt. — Die
Ärzte Rehen vor einem 2 x 2 Silbenrätsel. — Das letzte
Bulletin lautet: Puls unruhig, Gang schwankend, 's M... und
in fortgesetzter Bewegung. Um ihn trauern der Vorstand,
eine junge rotblonde lustige Witwe und einige Enkelkinder. —
Hoffnung auf Besserung in den nächsten 25 Jahren ganz aus-
geschlossen.

Aus der Heimat.

Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat
aus Anlaß eines vom Heimat- und Königsbund an seinem
Geburtstage zugunsten der Malchilfe veranstalteten Konzerts
1 Million Mark für den gleichen Zweck gestiftet.

Mannheim. In dem von den Franzosen besetzten Mann-
heimer Hafen brach in der Betriebshalle der Mannheimer
Dampfschiffahrtsgesellschaft ein Großfeuer aus. Die Berufs-
feuerwehr und die freiwillige Feuerwehr mußten sich auf den
Schutz der Nachbargebäude beschränken. Die Werkhalle, die eine
wertvolle Ausrüstung in Werkzeugmaschinen enthielt, brannte
bis auf den Grund nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend. Da
die Franzosen Polizei nicht zuließen, mußte die Feuerwehr die
Abspernung selbst vornehmen.

Annweiler. Die durch die Ortsgruppe Annweiler „Die
Naturfreunde“ erbaute Blockhuthütte auf dem nahen Ebers-
berg wurde eröffnet. Der Ort zeichnet sich durch eine herrliche
Aussicht in das Rheintal bis zur Rheinebene aus und wird wohl
in Bälde ein beliebter Ausflugspunkt werden.

Allgemeines.

Die **Leuerungszahlen** im April (Reichsindexziffer) nach Fest-
stellung des statistischen Reichsamtes: Weizenfeld 216 800, Magde-
burg 230 500, Dresden 231 700, Leipzig 236 600, Berlin 243 850,
Reichsdurchschnitt 249 400, Stuttgart 251 800, Hamburg 253 350,
München 256 700, Essen 261 700, Augsburg 270 000, Karlsruhe
271 650, Darmstadt 275 550, Frankfurt a. M., 276 450, Köln 282 350,
Zweibrücken 297 250, Ludwigshafen a. Rh. 308 850. — Sonach
war die Pfalz im April die teuerste Gegend, während Berlin noch
unter dem Reichsdurchschnitt liegt.

Verienlonderzüge ab Berlin verkehren wieder im Juli und
August. Die Tagespresse, z. B. der „Berliner Lokalanzeiger“,
1. Beibl. seiner Morgenausgabe vom 29. Mai, Nr. 246, machte
darüber ausführliche Angaben, die wir hier wegen Raummangel
leider nicht alle bringen können. — Wohlthuend fällt dabei auf,
daß die Zahl der Züge wesentlich vermehrt worden ist, wodurch
die Preisverdoppelung allerdings nicht gerade schmachhafter wurde.
Es werden fahren: nach der Ostsee 1 Zug im Juni, 11 im Juli,
4 im August; Nordsee 3 im Juli; Her- und Riefengebirge 1 Zug
im Juni, 5 im Juli, 1 im August; Sächs. Schweiz 1 Zug im Juli;
Thüringen 3 Züge im Juli; Harz 6 Züge im Juli, 1 im August;
Sauerland und Köln 1 Zug im Juli, 1 im August; Baden und
Schwarzwald 2 im Juli; Württemberg 3 im Juli; München und
Oberbayern 2 im Juni, 10 im Juli, 1 im August; Ostpreußen
1 im Juni, 8 im Juli und 1 im August. Man sieht, daß Juni und
August sehr schlecht, Mai und September überhaupt nicht bedacht
sind und das ist sehr bedauerlich. Im Juli und August reist jeder,
der kann, die meisten davon um jeden Preis. Juli- und August-
Reisende sind die vermögenden, sie machen ihre Pläne schon nach
Neujahr und schon vor Ostern schließen sie ab, oder fahren mit
ihrem Geld aufs Geratewohl. Durch die Maßnahmen der Eisen-
bahn wird der ohnedies starke Andrang in den Bädern und
Sommerfrischen unliebsam verstärkt und den großen Firmen die
Verteilung des Urlaubs auf vier bis fünf Monate ungemein er-
schwert. Weiter ist noch zu bemängeln, daß diese Sonderzüge viel
zu spät bekannt gemacht werden, und zwar zu einer Zeit, wo die
weniger Bemittelten, denen doch dieser Vorteil allein zukommen
soll, schon längst mit den Pensionsinhabern abgeschlossen haben
und nun pünktlich antreten müssen. Auf diese Weise ist es mir
und wohl vielen Tausenden bis jetzt noch nicht gelungen, einen
solchen Sonderzug zu erwischen. Die armen Gasthofbesitzer,
Pensionsinhaber usw., die jetzt bestärmt werden mit Anfragen:
„Kann ich vielleicht schon oder erst dann und dann kommen, um
einen günstigen Sonderzug auszunutzen,“ haben jetzt nichts zu
lachen und können sich eine Schreibhilfe zulegen. Die Karten haben
zwei Monate Gültigkeit, für die Hinfahrt nur in Sonderzügen,
Rückfahrt beliebig, aber bei Schnellzugbenutzung nur gegen den
üblichen Zuschlag. Die Sonderzüge nach Mannheim fahren ab
Anh. Bbf. 4 Uhr 8 Min. nachm. am 5. und 15. Juli. — Fahr-
kartenverkauf ab 21. Juni M. 47 000 3. Klasse.

Ein **menschenfreundlicher Wirt** haust auf Unterstamm im
Schwarzwald, den man sich gut merken muß. Um Weihnachten
unternahmen sechs Mannheimer Bankbeamte eine Wanderung
auf die Hornisgrinde und erreichten infolge heftigen Schneee-
treibens erst nachts 2 Uhr das Gasthaus, doch der Wirt war
durch kein Bitten zu bewegen, die durchstörten Skiläufer auf-
zunehmen, weil sie die vorherige Anmeldung unterlassen hatten.
Trotz Hinweis auf die schwere Verantwortung wies er die Be-
bauernswerten von der Schwelle und die Folgen der Nacht blieben
nicht aus. Fünf der Herren kamen mit schweren Erkältungen da-
von, aber der sechste, ein bekannter Skiläufer, erlag am Weihnachts-
feiertage einer doppelseitigen Lungenentzündung, eine junge Frau
und ein kleines Kind zurücklassend. (Mitgeteilt vom Obenwald-
klub Mannheim.)

Waldesfrieden.

Bist du im Wald gegangen zur stillen Abendzeit?
Wenn liebend dich umfängen die traute Einsamkeit.

Wenn hinter seinen Bäumen der Mond am Himmel steht
Und in den weiten Räumen der Abendsfrieden geht?

Hast du da nicht empfunden die Worte traut und still,
Die in geweihten Stunden der Wald dir sagen will?

„O Mensch, hat dich betrogen die Welt in Haß und Reib,
So komm' zum Wald gezogen, vertraue ihm dein Leid.“

Hier in den weiten Hallen wohnt Friede nur allein.
Da magst du einsam wallen und stille glücklich sein.

M. Daniel

Angebliche Saarflüchtlinge.

Wir sind von verantwortlicher und maßgebender Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß berechtigter Verdacht besteht, daß nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks im Saargebiet „Streifbrecher“, die, um der klingenden Frankenlöhne willen, Verrat an ihren deutschen Arbeitsbrüdern gelibt haben, nunmehr, weil ihnen der Boden zu heiß wurde, das Saargebiet verlassen haben und versuchen, als angebliche Flüchtlinge Unterstützungen bei den in Frage kommenden Stellen im unbesetzten Deutschland zu erlangen.

Wir warnen alle Ortsgruppen und Mitglieder vor solchen verdächtigen Personen und bitten, in etwa vorkommenden Fällen uns Mitteilung zu geben.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Rhein, Ruhr und Saar!

Der „Saar-Verein“ spricht immer wieder die dringende Bitte aus, bei allen Kundgebungen, die sich mit dem vergewaltigten Westen des Vaterlandes beschäftigen, in Versammlungen, in Aufrufen, bei Sammlungen, in der Presse, in den Volksvertretungen usw.

die Saar ausdrücklich mitzubedenken.

Die Kämpfer an der Saar wollen mitgenannt sein!

Sie wollen es hören und sehen, daß man ihre vorbildliche Treue kennt. Es kann und darf somit nur von der Treue am Rhein, an der Ruhr und an der Saar gesprochen werden.

Die deutsche Haltung der Bevölkerung an der Saar, die allen Gefahren, Leiden und Versuchungen der Fremdherrschaft zum Trotz offen zutage tritt, ist einer der wenigen wirklich wichtigen Aktiv-Posten unserer Politik; ihn zu erhalten und zu pflegen ist vaterländische Pflicht, und dazu kann die ausdrückliche Erwähnung der Saar bei allen Kundgebungen mithelfen.

„Rhein, Ruhr und Saar“

Ist ein guter Dreiklang, der kurz und treffend drei bezeichnende Stufen zum Ausdruck bringt, in denen sich bisher französisches Gelüsten nach deutschem Land, deutschen Bodenschätzen und deutscher Arbeitskraft kundgegeben hat:

die Saar, das Gebiet, das entgegen dem ausgesprochenen Willen der Bevölkerung einer landfremden, selbstherrlichen „Regierung“ unterstellt ist,

der Rhein, das Gebiet, das auf Grund des Diktates von Versailles unter einer Militärdiktatur schmachtet,

die Ruhr, das Gebiet, in das der Feind ohne jede Rechtsgrundlage eingebrochen ist.

Wir bitten, unsern Wunsch nicht nur selbst zu berücksichtigen, sondern auch weiterzuleiten und zu verbreiten, so gut es geht.

Der Bund und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Die neue Monatschrift

Elßaß-Lothringen – Heimattstimmen

Herausgegeben im Auftrage der Elßsäßer u. Allothringer im Reich von Dr. Robert Ernst,

unterrichtet über Geschichte, Kultur, gegenwärtige politische Entwicklung, Wirtschaft, Literatur des Landes.

Aus dem Inhalt der ersten Nummern:

Elßsäbische Selbstbehauptung / Von den inneren Gründen des „Unbehagens“ in Elßaß-Lothringen (R. Ernst) / Deutsch-Lothringen (F. Urban) / Von elßsäbischer Freiheit und Einheit (E. Sigwalt) / Elßaß-Lothringen und die Ruhrbesetzung (R. Ernst) / Die neutrale Republik Elßaß (J. Breiner) / Die Lage der Landwirtschaft im Elßaß (K. Jung) / Der neue Rechtszustand in Elßaß-Lothringen (M. Schwalb) / Der kirchliche Protestantismus im französischen Elßaß. Eine Tragödie? (A. Krenker) / Trennung von Kirche und Staat und Elßaß-Lothringen (P. L.) / Ein historisches Volkslied von Colmars Uebergang an Frankreich (Müller-Blattau) / Literarische Beiträge von Friedrich Henrich, Christian Schmitt, Marie Hart, Lina Ritter u. a. / Bücherbesprechungen / Politische Rundschau / Presseschau (Elßaß-Lothringen, Deutschland, Frankreich, Ausland).

Bezugspreis vierteljährlich für Deutschland und Deutschösterreich: bei Postbezug 750,- M. (Bestellung bei der zuständigen Postanstalt); bei Streifbandbezug 1000,- M. (Bestellung durch Einzahlung auf Postcheckkonto Dr. Robert Ernst, Nr. 109799, Berlin. — Für das Ausland Jahresbezug: Frankreich 8 franz. Franken, Schweiz 4 schweiz. Franken, übriges Ausland 1 Dollar (amerik.). — Einzelhefte 600,- M. (einschl. Porto) von der Schriftleitung: Berlin W. 88, Postfach Nr. 5.



Die neue Sperrholz-Kleinschleife gen. gesch. Größte Haltbarkeit, leichtestes Gewicht, in feuchten Räumen bestens bewährt

Friedrich Klein
SW. 68, Alte Jakobstraße 19
Fernruf: Amt Dönhoff 9702.

Elektro-Motore!

nur erstkl. Fabrikate, ab Lager oder kurzfristig lieferbar.

Jug. - Büro Faup
Berlin W. 15,
Meierottost. 1.
Fernruf: Pfalzburg 92.

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 181-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 181-183

Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz für Auslandsschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu kulantesten Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und Fälligkeiten erforderlich.